

06.2017

Stimmen zum Jubiläum

„Ich wünsche dem Redaktionsteam von umwelt aktuell auch in den kommenden zehn Jahren viel Erfolg. Gerade in Zeiten des Brexit und wachsender Europaskepsis müssen die Bedeutung und die Erfolge der Umweltpolitik auf EU-Ebene noch viel stärker kommuniziert und erklärt werden!“

Claus Mayr, Direktor Europapolitik des NABU

THEMEN DES MONATS

Naturschutzpolitik

Ein Grund zum Feiern?

Vor zehn Jahren wurde die Nationale Strategie für biologische Vielfalt beschlossen

Seite 2

Rohstoffpolitik

Nationale Charta für Holz im Bausektor

Klimaschutz und Ressourceneffizienz stehen oben auf der Agenda – und was ist mit dem Wald?

Seite 4

Emissionen

Kohlekraftwerke weniger schmutzig?

Nach EU-Entscheidung müssen die dreckigsten Anlagen entweder saubere Technik einbauen oder schließen

Seite 6

Interview: Ursula Hudson über Lebensmittelverschwendung

„Kreativ mit Lebensmitteln umgehen“

Elf Millionen Tonnen Lebensmittelabfall pro Jahr in Deutschland sind zu viel

Seite 19

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Solidarität sichtbar machen	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Politische Aktion	

Naturschutzpolitik

Ein Grund zum Feiern?

Vor zehn Jahren wurde die Nationale Strategie für biologische Vielfalt beschlossen

Würden alle Ziele der Strategie erreicht, wäre der Biodiversitätsverlust in Deutschland gestoppt. Doch danach sieht es leider nicht aus. Der Zustand der biologischen Vielfalt in Deutschland ist weiterhin alarmierend. Die gesamte Bundesregierung ist aufgefordert, jetzt zügig und konsequent zu handeln. ■ VON ALBERT WOTKE, WWF

In Deutschland hält der Verlust der biologischen Vielfalt an. Jede dritte Tier- und Pflanzenart ist gefährdet, zwei Drittel aller Lebensräume sind bedroht. Selbst frühere Allerweltsarten wie Kiebitz und Feldlerche gehen massiv zurück. Dieser Artenschwund ist nicht neu und für nahezu alle Organismengruppen dokumentiert. Die Bundesregierung hat vor zehn Jahren die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) verabschiedet. Sie enthält rund 330 konkrete und oft quantifizierte Ziele mit genauen Zieljahren und rund 430 Maßnahmen, die die verschiedenen staatlichen und nicht staatlichen Akteure zum Handeln auffordern. Die Strategie darf – auch im internationalen Vergleich – als durchaus ambitioniert bezeichnet werden.

Die Ziele wurden weit verfehlt

Würden alle Vorhaben der Strategie erreicht, wäre der Verlust der biologischen Vielfalt in Deutschland gestoppt. Doch danach sieht es leider nicht aus. Viele der in der NBS bis zum Jahr 2020 gesetzten Ziele können ohne zusätzliche Anstrengungen nicht mehr erreicht werden. In einigen zentralen Bereichen, wie zum Beispiel in der Agrarlandschaft, geht es nicht nur nicht aufwärts, sondern weiter abwärts.

Das Bundesumweltministerium hat die Dringlichkeit zusätzlicher Anstrengungen selbst erkannt und deshalb im Oktober 2015 die Naturschutz-Offensive 2020 gestartet. Die Initiative macht deutlich, in welchen Handlungsfeldern die größten Defizite bestehen und wo bis zum Jahr 2020 verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt von welchen Akteuren gefordert sind. Es werden insgesamt

40 vordringliche Maßnahmen 10 prioritären Handlungsfeldern zugeordnet.

Die NBS wurde seinerzeit von der gesamten Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedet und müsste demnach auch in allen Ressorts und ihren nachgeordneten Behörden Maßstab ihres Handelns sein. Doch hier ist nicht viel passiert: Das Bundesumweltministerium ist für viele relevante Gesetze und Verordnungen gar nicht zuständig. Die Bundesregierung muss deshalb endlich den Schutz der Biodiversität zu einer Querschnittsaufgabe für alle Ressorts machen. Die Führungs- und Leitungsebenen in Politik und Verwaltung sind aufgefordert, das im Grundgesetz in Artikel 20a niedergelegte Leit- und Handlungsprinzip zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu integrieren und aktiv umzusetzen. Die Beseitigung der Zielkonflikte zwischen Energie- und Wirtschaftspolitik, der Flächennutzungs- und der Biodiversitätspolitik muss vorrangig angegangen und darf nicht zulasten der natürlichen Ressourcen betrieben werden. Eine stärkere Nutzung der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzleramtes ist hier notwendig.

Zudem stehen bisher etliche Politikfelder gar nicht im Fokus von Politik und Verwaltung, obwohl sie indirekte Treiber des Biodiversitätsverlustes sind. Insbesondere müssen zum Beispiel Handels-, Sozial- oder Fiskalpolitik stärker in eine umfassende Biodiversitätspolitik eingebunden werden. Die Regierung muss Gesetze und andere staatliche Vorhaben auf ihre Verträglichkeit mit den Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie und ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt prüfen. Auch in den meisten Bundesländern gibt

es immer noch keine umfassende und ressortübergreifende Umsetzung der NBS. Zwar existieren inzwischen in vielen Ländern Landesstrategien zur Erhaltung der Biodiversität. Inhalte und Zeitvorgaben des Bundes werden in den Konzepten der Länder jedoch nur selten aufgegriffen und konkretisiert. Hier sind die Länder dringend zum Handeln aufgerufen.

Verbändebündnis zieht Bilanz

Für die Naturschutzorganisationen BUND, DUH, NABU, WWF sowie den Dachverband DNR ist die konsequente Umsetzung der Naturschutz-Offensive 2020 ein elementarer Bestandteil der NBS-Umsetzung bis zum Jahr 2020 und ein Beitrag zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Gemeinsam haben die Naturschutzorganisationen eine Bilanz der NBS gezogen und einen 10-Punkte-Plan für die biologische Vielfalt erarbeitet, der aufzeigt, was jetzt dringend getan werden muss:

Neuausrichtung der Agrarpolitik für Mensch und Natur

- ▶ Pauschale Flächenprämien ohne konkrete Gegenleistung nach 2020 abschaffen. Landwirte für ihre Naturschutzleistungen bezahlen.
- ▶ Auswirkung und Einsatz von Pestiziden minimieren.

Wirksame Meeresschutzgebiete mit klaren Ver- und Geboten

- ▶ 50 Prozent der gesamten deutschen Natura-2000-Gebietskulisse von jeglicher wirtschaftlicher Nutzung freihalten.
- ▶ In genutzten Bereichen der Meeresschutzgebiete naturverträgliche Fischereitechniken sicherstellen.

Flüssen und Auen wieder mehr Raum geben

- ▶ Das Bundesprogramm Blaues Band für naturverträgliche Flussentwicklung bedarfsorientiert finanzieren und mit einem Auenschutzprogramm ergänzen.
- ▶ Synergien für den Naturschutz im Nationalen Hochwasserschutzprogramm schaffen.

Konsequenterer Umsetzung von Naturschutzziele im Wald

- ▶ Ökologische Mindeststandards der Waldbewirtschaftung (gute fachliche Praxis) definieren und verbindlich in allen Waldgesetzen von Bund und Ländern verankern.
- ▶ Mindestens 10 Prozent der öffentlichen Wälder dauerhaft und rechtlich verbindlich ihrer natürlichen Entwicklung überlassen.

Mehr Wildnis in Deutschland

- ▶ Wildnisfonds für Gebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung mit Mitteln des Bundes einrichten.
- ▶ Anreize für Beiträge privatrechtlicher Initiativen und Privatpersonen zum Zwei-Prozent-Wildnisziel schaffen (zum Beispiel durch steuerliche Erleichterungen).

Weiterentwicklung und Stärkung von Schutzgebieten und Biotopverbund als Rückgrat des Naturschutzes

- ▶ Sofortigen Verkaufsstopp für den gesamten in öffentlichem Eigentum befindlichen Grundbesitz (Agrar-, Forst-, Seen- und weitere naturnahe Flächen) verfügen.
- ▶ Länderübergreifenden Biotopverbund als zentralen Bestandteil einer Grünen Infrastruktur einrichten.
- ▶ Bundesverkehrswegeplan schaffen.

Mehr Grün in der Stadt

- ▶ Synergien für den Naturschutz in der Städtebauförderung schaffen.
- ▶ Paragraf 13b Baugesetzbuch ersatzlos streichen.
- ▶ Die Eingriffsregelung als besonders geeignetes Instrument zur Schaffung Grüner Infrastruktur nutzen.

Naturkenntnis und -verstehen stärken

- ▶ Universitäre Taxonomie-Initiative mit zehn Stiftungsprofessuren schaffen.
- ▶ Nationales Monitoringzentrum einrichten.

- ▶ Netzwerk und Onlineplattform für Initiativen und Kompetenzen in der Taxonomie schaffen.

Neuausrichtung und angemessene Ausstattung der Finanzierung des Naturschutzes auf nationaler und europäischer Ebene

- ▶ Einrichtung eines EU-Naturschutzfonds mit mindestens 15 Milliarden Euro pro Jahr für die gesamte EU.
- ▶ Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt muss auf mindestens 50 Millionen Euro pro Jahr erhöht werden.
- ▶ Bundesprogramm Blaues Band mit einem Auenschutzprogramm ausreichend finanziell ausstatten sowie Wildnisfonds neu einrichten (siehe oben).
- ▶ Ein Prozent der Investitionen in das Bundesfernstraßennetz zur Wiedervernetzung von Lebensräumen bereitstellen.
- ▶ Einen Fonds von 30 Millionen Euro für den Lückenschluss des Grünen Bandes in Deutschland schaffen.

Naturschutz als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche integrieren.

Auch zehn Jahre nach Verabschiedung der NBS ist Deutschland weit davon entfernt, den Verlust der biologischen Vielfalt in Deutschland aufgehalten zu haben. Sollen die Ziele bis zum Jahr 2020 noch erreicht werden, muss die Bundesregierung dringend handeln. Gute Ziele und Strategien sind nur etwas wert, wenn sie auch konsequent umgesetzt werden.

Die gemeinsame Verbände Bilanz „10 Jahre Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt. Jetzt handeln für Mensch und Natur: Eine Trendwende ist nötig“ ist erhältlich unter: www.dnr.de/positionen

Der Biologe Albert Wotke ist Referent für Naturschutz in Deutschland beim WWF.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 311777279,
E-Mail:
albert.wotke@wwf.de,
www.wwf.de



oekom crowd

Lassen Sie nachhaltige Ideen wachsen. Blatt für Blatt.



Ab Mai auf der Crowdfunding-Plattform des oekom verlags: www.oekom-crowd.de

Rohstoffpolitik

Nationale Charta für Holz im Bausektor

Klimaschutz und Ressourceneffizienz stehen oben auf der Agenda – und was ist mit dem Wald?

Ein „Meilenstein im Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung soll das neue Papier zur vermehrten Nutzung des Baustoffes Holz sein, auch wenn Holz nicht zwangsläufig nachhaltiger ist als andere Baustoffe. Zudem fördert es den Anbau von Nadelholzplantagen und bevorzugt die Holznutzung vor allen anderen wichtigen Waldfunktionen. Alternativen wie mehr Wiederverwertung kommen zu kurz. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

Ende April hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) die Charta für Holz 2.0 veröffentlicht. Ziel ist es, den Beitrag des Holzsektors zum Klimaschutz zu steigern. Eine Förderung der Wertschöpfung und Verbesserung der Ressourceneffizienz sind die zwei anderen Hauptziele. Umgesetzt werden soll dies, indem deutlich mehr Holz beim Hausbau verwendet wird.

Man geht landläufig davon aus, dass Holzprodukte mit viel weniger Energieaufwand erzeugt werden können als andere Baustoffe wie Beton, Mauerwerk, Stahl oder Aluminium. In vielen Fällen stimmt das, aber nicht immer. Schon wenn die Nutzungsdauer von Gebäuden aus Mauerwerk länger ist als die von Holzbauten, ist das gut für ihre Ökobilanz. Die gerne vorgezeigten historischen Holzhäuser sind in Deutschland eine Seltenheit. Im realen Einsatz müssen dann doch viele Holzbauteile teils mehrfach ersetzt werden. Dieses Problem kann natürlich auch bei Bauwerken aus mineralischen Stoffen wie Beton, Ziegel oder Kalksandstein auftreten. Wo genau Holzbau besser ist, und wo die mineralischen Baustoffe Vorteile haben, das sollte aber erst noch genauer ermittelt und publiziert werden. Einen Beitrag dazu leistet die Charta für Holz 2.0 nicht.

Ähnliches gilt für die Ressourceneffizienz. Zwar wächst Holz nach und mineralische Baustoffe wie Sand oder Metalle sind endlich und knapp. Hier haben nachwachsende Baustoffe zweifellos Vorteile. Doch muss man dabei auch die Wiederverwendbarkeit prüfen. Vom Altholz werden derzeit weniger als 20 Prozent nach Gebrauch oder Abriss stofflich wiederverwertet, der Rest wird verbrannt oder deponiert. Bei

mineralischen Baustoffen liegen die Recyclingquoten bei 80 oder gar 90 Prozent, und auch Baustahl oder Aluminium kann größtenteils wiederverwertet werden, da all diese Stoffe nicht verrotten. Erst bei entsprechendem Design ließen sich größere Anteile von Althölzern stofflich wiederverwerten.

Hinterfragt werden muss aber die Zielsetzung in puncto Wertschöpfung. Gemeint sind damit die Holzverarbeitenden Betriebe, deren Absatz und Beschäftigungszahlen im Rahmen der Charta für Holz gesteigert werden sollen. Den Verantwortlichen im BMEL sollte bekannt sein, dass auch die Herstellung und Verarbeitung anderer Baustoffe Arbeitsplätze und Einkommen schafft. Wenn die Bundesregierung eine Branche zulasten anderer Branchen fördert, werden damit doch nicht mehr Jobs geschaffen.

Sicher ließen sich die genannten Kritikpunkte im Laufe der Umsetzung berücksichtigen, um etwaige Fehlsteuerungen zu vermeiden. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass etwa Brandschutzvorschriften das Bauen mit Holz erschweren, ohne dass hierfür sachliche Begründungen vorliegen, muss das korrigiert werden. Eine Regierung sollte auch gleichzeitig prüfen, ob andere Werkstoffe unzulässige Vorteile genießen (Energiepreise, Entsorgung, Rohstoffabbau). Denn es sollten alle Werkstoffe und die Branchen, die damit arbeiten, auf „Augenhöhe“ operieren können, damit man Ungleichheiten nicht mit Steuergeldern künstlich ausgleichen muss. Unter Berücksichtigung von ökologischen Kriterien würden dann im Idealfall jeweils die vorteilhaftesten Materialien zum Einsatz kommen, bei vergleichbarer technischer

Eignung und Funktion. Es würde also dabei bleiben, dass Hausfundamente nicht aus Holz gebaut werden (Verrottungsgefahr), Dachstühle eher aus Holz bestehen (leicht und tragfähig) und Wände je nach Beanspruchung aus Holz (leicht) oder Stein (schalldämmender) oder gar Kombinationen beider Werkstoffe gebaut werden.

Woher soll das viele Holz kommen?

Die Frage, woher man all das Holz nehmen will, das für die geplante Steigerung der Holzbauquote benötigt wird, beantwortet die Charta für Holz nur unzureichend. Gut ist, dass man den Materialeinsatz verringern will. Aus der gleichen Menge Holz mehr nutzbare Produkte herzustellen, das dürfte einen kleinen Beitrag leisten. Aber dann geht es an die Substanz des Waldes: Die nutzbare Holzmenge soll gesteigert und vor allem das inzwischen schon knappe Nadelholz soll wieder verstärkt angebaut werden. Man hofft auch, aus dem Kleinprivatwald mehr Holz für Bauzwecke zu gewinnen, und zwar zulasten der energetischen Verwendung, was durchaus positiv zu werten wäre. Allerdings wird man auch Baumarten wie die in unseren Breiten ursprünglich nicht beheimatete Douglasie fördern, was unter ökologischen Gesichtspunkten sehr kritisch zu sehen ist. Auch Holzimporte, natürlich aus legalen und nachhaltigen Quellen, sollen die Nachfrage decken helfen. Das ist riskant, zumal auch andere Länder auf die Idee kommen könnten, im eigenen Bausektor verstärkt Holz zu verwenden. Was dann?

Nicht thematisiert werden die großen Chancen, die durch eine Abnahme des Papierverbrauchs und anderer kurzlebiger

Holzprodukte bestehen. Viel zu viel Nadelholz landet in Papierfabriken, zu viele Bretter werden für Einwegpaletten verbraucht. Hier könnten durch gezielte Einsparungen nennenswerte Mengen Nadelholz für langlebige Verwendungen gewonnen werden. Da dies aber anderen Holzverarbeitern Probleme bereiten würde, verzichtet man auf diese Chancen und hofft lieber auf die Ausweitung der Nadelholzplantagenwirtschaft und von Importen, deren Konsequenzen man kaum übersehen kann. Auch die Ausweisung von Schutzgebieten wird wohl weiterhin auf heftigen Widerstand der Holzbranche und des BMEL stoßen.

Nachhaltigkeit kommt zu kurz

Die Charta für Holz 2.0 kann durchaus zu nachhaltigerem Bauen beitragen, birgt aber viele Risiken. Zementiert werden soll damit der Vorrang der Holznutzung vor allen anderen Waldfunktionen. Auch die Behauptung, Holzverwendung sei für den Klimaschutz besser als das Unterlassen einer Holznutzung im Wald, ist umstritten. Zwar kann man durch die Verwendung von Holz durchaus viele Energie verbrauchende Materialien ersetzen und dadurch einige Emissionen von Treibhausgasen vermeiden. Doch das meiste Holz wird auch in Deutschland energetisch und für kurzlebige Wegwerfprodukte eingesetzt – die Treibhausgase belasten also doch innerhalb kurzer Zeit die Atmosphäre, während der Aufbau von Holz- und Humusvorräten im Wald den Kohlenstoff über die kommenden, für den Klimaschutz entscheidenden Jahrzehnte speichern würde. Viele Holzprodukte wie Holzwerkstoffe oder Papier werden mit erheblichem Energieaufwand produziert. Das Motto „Viel hilft viel“ ist hier ähnlich sinnvoll wie der Einsatz von möglichst vielen Energiesparlampen in einem Wohnraum, die zwar nicht in der Zahl benötigt werden, aber in der Summe gegenüber ebenfalls nicht benötigten Glühlampen viele Treibhausgase „einsparen“.

Auch wird die ökonomische Bedeutung des sogenannten Clusters Forst und Holz – also alle mit Holz und Forst befassten Wirtschaftszweige – überhöht dargestellt. Dessen Gesamtumfang beträgt

demnach 1,1 Millionen Arbeitsplätze und 180 Milliarden Euro Umsatz. Zwar wird die gewohnte Einbeziehung der Druck- und Verlagswirtschaft benannt und probeweise abgezogen. Doch bleibt der Rest mit 700.000 Arbeitsplätzen und einem Umsatz von 120 Milliarden Euro pro Jahr außerordentlich hoch. Denn es werden beispielsweise mit Branchen wie den Herstellern von Polstermöbeln oder von Schreibwaren Betriebe im Cluster vereinbart, die dessen Bedeutung aufwerten sollen. Leider ist wenig darüber bekannt, wie solche Zahlen angemessen zu ermitteln sind. Die Möbelindustrie arbeitet nicht nur mit Holz, sondern auch mit Metallen, Glas, Kunststoff und Stoffen. Ihre Beschäftigten und Umsätze dürften somit auch nur anteilig dem Holzcluster zugeschrieben werden. Grotesk wirkt auch die immer wieder vorgetragene Behauptung, die Forst- und Holzwirtschaft sei bedeutender als die gesamte Automobilindustrie. Solche Angaben dürften bei jener Branche allenfalls müdes Lächeln hervorrufen.

Fazit: Eine Charta für Holz 2.0, bei deren Erarbeitung wichtige gesellschaftliche Akteure nicht beteiligt und gerade die eigenen Fachbehörden wie das Bundesministerium für Umwelt und Bauen und Akteure anderer Branchen (Bauwirtschaft) nicht einbezogen wurden, ist kein gutes Beispiel für gute Regierungsführung. Wer Holz im Bau massiv fördern will, das Bauministerium und die Baubranche aber nicht einmal um ihre Meinung fragt, der muss sich fragen lassen, ob er sich für Lobbyarbeit einzelner, wenn auch wichtiger Branchen hergibt – anstatt sich gemeinsam mit den Akteuren um nachhaltiges Bauen und vor allem auch um einen nachhaltigen Umgang mit dem knappen Rohstoff Holz und dem Wald zu bemühen. Gute Regierungsführung sieht anders aus.

László Maráz koordiniert die AG Wälder beim Forum Umwelt & Entwicklung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 678177589,
E-Mail: maraz@forumue.de,
www.forumue.de



Nachhaltigkeit

A-Z



B wie Baumgeschichten

Bäume haben die Menschen über Jahrtausende fasziniert. So mancher rühmte ihre Schönheit, andere sehnten sich danach, so zu sein wie sie: erhaben, vor Kraft strotzend, gelassen. Hier kommen Persönlichkeiten aus über 35 Ländern und vielen Jahrhunderten zum Thema Bäume zu Wort, lassen uns an ihren »Baumgedanken« teilhaben und zeigen, dass Bäume viel mehr sind als nur Holzlieferant.

D. Olonscheck
Menschen über Bäume
Gedanken, Begebenheiten und Anekdoten
aus vier Jahrtausenden
256 Seiten, broschiert, mit zahlreichen farbigen
Abbildungen, 29,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-832-4

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Emissionen

Kohlekraftwerke bald weniger schmutzig?

Nach EU-Entscheidung müssen die dreckigsten Anlagen entweder saubere Technik einbauen oder schließen

Der Ministerrat der EU hat Ende April mit einer knappen Mehrheit neue Umweltstandards für Großfeuerungsanlagen, worunter auch Kohlekraftwerke fallen, beschlossen. Deutschland war eines von acht Ländern, die dagegen stimmten. Durch die neue Regulierung dürfen die Anlagen ab 2021 deutlich weniger Feinstaub, Schwefel und Stickoxide ausstoßen. Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Luftverschmutzung. ■ VON CHRISTIAN SCHAIBLE, EEB

Bei der Novelle über den Einsatz der besten verfügbaren Techniken unter strengeren Bedingungen für Großfeuerungsanlagen spielte Deutschland eine unrühmliche Rolle in der EU. Die Bundesregierung wollte diese Vorgaben zusammen mit sechs anderen Mitgliedstaaten (Bulgarien, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Slowakei und Finnland) blockieren. Der Grund: Sie wollten die Privatinteressen der Braunkohleindustrie schützen und Kosten für Nachrüstungen unterbinden. Für Finnland ging es um die Feuerung von Biomasse in der Papierindustrie und Torfverbrennung.

Spätestens ab Mitte 2021 müssen Kraftwerksbetreiber nun auch in Deutschland strengere Vorgaben einhalten. Was das für Umwelt- und Gesundheitsschutz und die Betreiber bedeutet, hängt davon ab, wie ambitioniert das Bundesumweltministerium (BMUB) und die Genehmigungsbehörden diese umsetzen wollen. Das Ministerium kann sich entweder mit einer 1:1-Umsetzung des kleinsten gemeinsamen EU-Nenners im Interesse der Braunkohleindustrie zufriedengeben oder die Chance ergreifen, mit einem erneuerten deutschen Immissionsschutzrecht die Energiewende zu beschleunigen und den Gesundheits- und Umweltschutz in den Vordergrund zu stellen. Die EU-Umweltstandards zu Großfeuerungsanlagen gibt es schon seit 2006, sie stehen im sogenannten Merkblatt zu Besten Verfügbaren Techniken (BVT) für Großfeuerungsanlagen – (auf Englisch: LCP BREF).⁽¹⁾ Die Richtlinie für Industrieemissionen (IED) sieht vor, dass diese Umweltstandards in einem Acht-Jahre-Zyklus überarbeitet werden, um potenzielle Fortschritte im Stand der Technik einzuarbeiten. Der Kern der Vorgaben, die sogenannten BVT-Schlussfolgerungen, sind

bindend. Die Behörden in den Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass diese innerhalb von vier Jahren von den Betreibern eingehalten werden. Neue Bandbreiten für Emissionen von Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden, Staub und Quecksilber und andere Vorgaben zu Schadstoffvermeidung in Wasser oder Energieeffizienz werden brennstoffabhängig für etwa 3.000 große Kraftwerke festgelegt.

Aus Sicht des Europäischen Umweltbüros (EEB) stellen in den BVT-Vorgaben nur die strikten Emissionsbandbreiten den wirklich fortschrittlichen Stand der Technik fest. Dabei könnten die Luftemissionen EU-weit für Schwefeldioxid um 58 Prozent, für Stickoxide um 38 Prozent, Feinstaub um 68 Prozent und Quecksilber um 55 Prozent abgesenkt werden, falls die Mitgliedstaaten nur die laschen oberen Bandbreiten umsetzen. Eine gemeinsame Studie des EEB, CAN Europe, HEAL, Sandbag und des WWF⁽²⁾ belegt, dass ab 2021 jährlich mehr als 10.000 vorzeitige Todesfälle durch zu hohe Belastung mit Luftschadstoffen vermieden werden können, wenn die strikteren BVT-Bandbreiten in den BVT-Schlussfolgerungen für alle verbleibenden 257 Kohlekraftwerke umgesetzt würden.

8,3 Milliarden weniger Gesundheitskosten

Damit könnten pro Jahr und Betrieb Luftschadstoffe deutlich reduziert werden: Schwefeldioxid um 90 Prozent (421.000 Tonnen), Stickoxide 60 Prozent (323.000 Tonnen), Feinstaub 81 Prozent (18.000 Tonnen), Quecksilber 81 Prozent (10,6 Tonnen). Allein in Deutschland würden dadurch jährlich rund 3.000 Menschen weniger vorzeitig durch Luftverschmutzung sterben, wenn

diese Vorgaben konsequent für die 63 deutschen Kohlekraftwerke umgesetzt werden. Dies bedeutet einen volkswirtschaftlichen Nutzen von Einsparungen von Gesundheitskosten von 8,3 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Bundesregierung, unterstützt vom Umweltbundesamt, hat sich in Brüssel für die Belange der Energiekonzerne RWE, LEAG, MIBRAG und DEBRIV eingesetzt. Es ging insbesondere darum, den teuren Parameter von Stickstoffoxid (NO_x) für die bestehenden Braunkohleleimer so anzupassen, dass die Betreiber für das nächste Jahrzehnt weiter wie bisher emittieren dürfen. Der festgelegte obere Wert von 175 Milligramm Stickstoffoxid pro Normkubikmeter (mg/Nm³) Abluft stellt eine knapp 13-prozentige Absenkung gegenüber der aktuellen Obergrenze von 200 mg/Nm³ dar. Die meisten deutschen Braunkohlekraftwerke, die wahrscheinlich noch ab 2020 in Betrieb sein werden, liegen momentan bei 160–190 mg/Nm³, aber Anlagen wie Schwarze Pumpe deutlich darunter. Diese Werte werden nur mit Primärmaßnahmen, etwa mit effizienten Low-NO_x-Heizkesseln oder feuerungstechnischer Optimierung erreicht. Die Bundesregierung setzte sich deshalb für eine Anpassung an 190 mg/Nm³ ein.

Die jetzt vereinbarte Obergrenze von 175 mg/Nm³ bedeutet also, dass manche Betreiber nachrüsten müssen. Es gibt zwei technische Alternativen:

- Die billige selektive nicht katalytische Reduktionstechnik (SNCR). Reduktionsmittel wie Ammoniakwasser werden in den Kessel eingedüst. Eine zusätzliche Abscheidung von 30–50 Prozent wird somit erreicht, das heißt, ein Konzentrationswert von 100 mg/Nm³ im Jahresmittel für deutsche Braunkohleanlagen.

- Die Variante der Katalytischen Reduktion (SCR) stellt den Stand der Technik für diese großen Kraftwerke dar, denn diese erreicht eine effektivere zusätzliche Abscheidung von 85–95 Prozent. Daten aus einer US-Braunkohleanlage mit dieser Technik belegen, dass Emissionswerte unter 70 mg/Nm³ konstant eingehalten werden. Die striktere BVT-Bandbreite bestätigt dass weniger als 85 mg/Nm³ mit SCR erreichbar sind, diese Variante kostet aber mindestens das Dreifache.

Es geht also nicht um eine mögliche 13-prozentige Absenkung gegenüber dem Status quo, sondern – abhängig vom Grenzwert und dementsprechend davon, welche Technik jetzt umgesetzt werden muss – darum, ob die NO_x-Frachten ab spätestens 2020 jährlich halbiert oder gedrittelt werden müssen.

Korrekturen im Sinne von Gesundheit und Umweltschutz möglich

Die deutsche Bundesregierung kann ihre Haltung ändern und auch das Umweltbundesamt kann im Interesse von Mensch und Umwelt handeln. Das ist möglich durch die 2017 anstehende Revision der 13. Bundesimmissionsschutzverordnung (BimschV). Die Braunkohleindustrie verlangt: kein Braunkohle-Ausstieg durch die Hintertür. Das EEB hingegen ist der Auffassung: Immissionsschutz und BVT-Standards sollten Hand in Hand mit Anliegen der Klimapolitik gehen. Die Stellschrauben, welche das LCP BREF jetzt bedient, müssen für die Energiewende und aus Gesundheits- und Umweltschutzgründen von der Bundesregierung konsequent genutzt werden. Eine 1:1-Umsetzung nach dem kleinsten gemeinsamen EU-Nenner, wie sich das Staatssekretär Matthias Machnig vom Bundeswirtschaftsministerium und die Braunkohleindustrie vorstellen, kommt hier nicht infrage. Das EEB fordert:

- Ein Jahresgrenzwert zu NO_x von 85 mg/Nm³ oder geringer sollte gesetzt werden, wenn Anlagen noch zehn Jahre laufen sollen. Das bedeutet für drei bis vier Braunkohleblöcke⁽³⁾, dass SCR nachgerüstet werden muss, dadurch werden die NO_x-Frachten gedrittelt. Konse-

quent müssten hier ebenfalls die strikten BVT-Vorgaben zu Schwefeloxid (SO_x), Staub und Quecksilber vorgeschrieben werden.

- Die deutschen Steinkohleanlagen haben schon die Techniken installiert und können die strikteren BVT-Bandbreiten ab sofort einhalten. Die Genehmigungsvorgaben sollten dementsprechend angepasst und spätestens ab 2020 gelten. Industrie und BMUB wenden ein, diese Investitionen (für Betreiber von Braunkohlekraftwerken) seien nicht zumutbar, vergleicht man sie mit ihrem Nutzen. Technisch ist alles machbar. Es stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit, aber wer zahlt am Schluss und wo lohnt es sich, Geld hineinzustecken, und für welches Ziel? Die IED erlaubt hier eine befristete Ausnahme durch die Behörde unter spezifischen Kriterien und unter Öffentlichkeitsbeteiligung. Entweder heißt es, externalisierte Gesundheits- und Umweltkosten in Kauf nehmen, um dem Verschmutzer Kosten zu ersparen, oder umgekehrt. Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat errechnet, dass die Emission von einer Tonne NO_x in die Luft die Allgemeinheit bis 19.059 Euro kostet. Es gibt verschiedene Optionen, welche die IED und das neue BVT erlauben:

Falls die Anlage bis 2024 unwiderruflich schließt, kann man sich mit der betroffenen Öffentlichkeit verständigen, dass eine Obergrenze von 150 mg/Nm³ erzielt werden darf, welche mit der billigen SNCR-Variante erreicht wird. Alternativ kann ausgehandelt werden, dass der Betreiber eine Ausnahme einfordern kann, aber im Gegenzug muss der Betrieb ab 2020 gedrosselt werden. Die IED lässt eine zeitlich befristete Ausnahme von 17.500 Stunden bis 2024 zu. Im BVT-Merkblatt dürfen ebenfalls die deutschen Braunkohleanlagen den Wunschwert von 190 mg/Nm³ im Jahresmittel einhalten, falls diese den Betrieb auf maximal 1.500 Stunden pro Jahr drosseln.

Für die Anlagen, die 2021 über 36 Jahre alt sein werden, ist ein Weiterbetrieb oder eine Nachrüstung mit Blick auf Alter, Klimaziele und schlechte Umweltperformance sowieso nicht sinnvoll. Falls es eine Ausnahme genehmigung geben soll, muss der Betreiber mit Kompensationsmechanismen

wegen des volkswirtschaftlichen Schadens durch die Luftverschmutzung geradestehen. Der Betreiber sollte auf alle Fälle eine Art Gesundheitsschutzbeitrag leisten. Mit diesen Mitteln könnte der Kohleausstieg über einen Energiewendefonds (mit)finanziert werden. Ausgabekriterien sollten mit den NGOs, den Ländern und den betroffenen Arbeiterverbänden festgelegt werden.

Die Betreiber werden wohl bei der NO_x-Debatte dem Verkehr die ganze Schuld in die Schuhe schieben. 2013 betrug die Emissionen von NO_x für nur 16 Braunkohlemeiler 110.000 Tonnen (mit Steinkohleanlagen 182.000 Tonnen). Die Gesamtemissionen von NO_x in Deutschland lagen 2013 bei circa 1,2 Millionen Tonnen, davon anteilig am meisten im Verkehr (40 Prozent), obwohl dieser Sektor seit 1990 am meisten reduziert hat. In der Energiewirtschaft sind die Frachten seit 1995 relativ konstant (334.000–300.000 Tonnen). 2013 war die Energiewirtschaft für 15,1 Prozent der gesamten NO_x-Emissionen verantwortlich – von 63 großen Kohleanlagen. Zum Vergleich: Etwa 46,4 Millionen Pkws und Lkws waren für 42 Prozent verantwortlich.

Die Entscheidungsträger sollten in der Zumutbarkeitsfrage das Verhältnismäßigkeitsprinzip berücksichtigen. Es ist sehr kosteneffektiv, nur wenige Quellen ins Visier zu nehmen, um große Resultate in der Frachtenreduzierung zu erzielen. Ansonsten müssten die Bürger im Verkehrsbereich und die Automobilindustrie weiter erhalten. Und das könnte in der jetzigen Wahlperiode etwas unpopulärer sein.

Anmerkungen

- (1) www.eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/BREF/lcp_bref_0706.pdf
- (2) www.eeb.org/index.cfm/library/die-dunkle-wolke-ueber-europa-lichten
- (3) www.klima-allianz.de/termine/detail/analyse-zu-stickoxid-hoehchstwerten-nur-drei-kraftwerke-muessen-nachruesten

Christian Schaible ist Referent für Industriepolitik beim Europäischen Umweltbüro (EEB).

Kontakt:
Tel. +32 (0)2289 / 1090,
E-Mail: christian.schaible@
eeb.org,
www.eeb.org



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaft**Abfallvermeidung oberstes Ziel**

■ Die Verhandlungen um das europäische Kreislaufwirtschaftspaket gehen in Brüssel in eine wichtige Phase. Die EU-Mitgliedsländer diskutieren derzeit ihre Positionen – Deutschland hat dabei eine Schlüsselrolle.

Deshalb fordern die Umweltverbände Deutsche Umwelthilfe (DUH), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie der Umweltschutzverband Deutscher Naturschutzring (DNR) in einem offenen Brief an Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), sich im Ministerrat der EU für eine Kreislaufwirtschaft mit verbindlichen Regelungen zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung und zum Ressourcenschutz einzusetzen.

Dies ist besonders wichtig, weil sich im Ministerrat der EU eine Position gegen die vom EU-Parlament geforderten Umweltziele des Kreislaufwirtschaftspakets abzeichnet. Auch sollen Zielvorgaben des aus Sicht der deutschen Umweltverbände ohnehin stark verbesserungsbedürftigen Entwurfs der EU-Kommission aufgeweicht werden.

Beispielsweise fordern die Verbände verbindliche Zielvorgaben für die Verringerung der Abfallmengen in der EU, da Abfallvermeidung das vorrangige Ziel eines EU-Kreislaufwirtschaftspakets sein sollte. [es]

► www.kurzlink.de/DNR-PM-KrWi-Hendr-Mi

Lebensmittel**Ein Drittel landet jedes Jahr im Müll**

■ Der 2. Mai markiert in Deutschland den Tag gegen Lebensmittelverschwendung. Bis zu diesem Datum würden auf das Jahr gerechnet alle Lebensmittel weggeworfen werden, die bis dahin für Deutschland produziert worden sind.

Dies hat die Umweltorganisation WWF ausgerechnet. Demnach beträgt die Wegwerfrate für Deutschland 18 Millionen Tonnen an Lebensmittelabfällen pro Jahr. Dadurch wird nicht nur eine landwirtschaftliche Fläche von 2,6 Millionen Hektar für Lebensmittel bewirtschaftet, die wieder in der Tonne landen. Dadurch steigen auch die Treibhausgasemissionen unnötigerweise um 48 Millionen Tonnen.

Deshalb fordert Tanja Dräger de Teran, WWF-Referentin für Landwirtschaft, von der Bundesregierung: „Wir brauchen endlich eine abgestimmte nationale Strategie zur Verminderung von Lebensmittelverlusten, die klare und verbindliche Zielvorgaben vom Produzenten über die Lebensmittelindustrie bis hin zum Handel und der Gastronomie erarbeitet. Damit alle Aktivitäten zielgerichtet gebündelt werden, ist zudem eine schlagkräftige Koordinierungsstelle notwendig.“ [es]

► www.wwf.de/2017/mai/bis-heute-fuer-die-tonne

Kühlgeräte**Umweltbelastung zu hoch**

■ Die Entsorgungsstandards für Kühlgeräte werden derzeit in Deutschland überarbeitet, um den Schadstoffausstoß zu verringern. Der Referentenentwurf des Bundesumweltministeriums (BMUB) sei allerdings dürftig, kritisiert die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Der Vorschlag des BMUBs zur sogenannten technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) erfülle nicht die erforderlichen europäischen Standards, so die Umweltorganisation. Hierbei geht es um die Entsorgung von Kühlgeräten durch industrielle Anlagen.

Die Hälfte der entsorgten Alt-Kühlgeräte enthalten immer noch die seit 1995 verbotenen Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Das Kühl- und Treibmittel kann – je nach Verbindung – eine bis zu 10.700 Mal klimaschädlichere Wirkung als Kohlendioxid entfalten. In Deutschland kommt dies einer zusätzlichen Klimabelastung von bis zu einer Million Tonnen CO₂-Äquivalenten gleich.

Deshalb müsse Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die Entsorgungsnormen beim Kühlgeräterecycling deutlicher verschärfen als bisher vorgesehen. Derzeit befindet sich der Entwurf in der Ressortabstimmung.

Die DUH kritisiert, dass beispielsweise Grenz- und Zielwerte für Anlagentests nicht exakt und stringent gemäß Normenvorgabe in die TA Luft übertragen werden. Stattdessen werden Spielräume für Restmengen von Klimagasen geschaffen, die in den entnommenen Isolierschäumen enthalten sein dürfen. [es]

► www.kurzlink.de/DUH-TALuft-Nov-Kriti

Verpackungen**Weniger Gift in Lebensmitteln?**

■ Nach monatelangem Drängen von Umweltorganisationen und dem EU-Parlament hat die EU-Kommission mitgeteilt, die Regulierung von Materialien mit Lebensmittelkontakt (FCM) zu überarbeiten.

Dies betrifft hauptsächlich Verpackungen von Lebensmitteln, die bisher noch nicht unter die FCM-Regulierung fallen wie Papier und Karton sowie deren Lacke, Druckfarben und Klebstoffe. Mit neuen harmonisierten Maßnahmen für gedruckte Materialien könne in 2018 gerechnet werden. Die gesundheitsbedenklichen Auswirkungen der Chemikalien hatte bereits die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) im Januar bestätigt.

Darüber hinaus weist das Food Packaging Forum, eine unabhängige Wissenschaftsstiftung, in einer Studie darauf hin, dass ein Hauptproblem die fehlende Koordinierung des EU-Chemikalienregisters REACH mit der FCM-Regulierung sei. So haben die ForscherInnen zehn besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC), deren Nutzung unter REACH eingeschränkt ist, in Materialien mit Lebensmittelkontakt gefunden. Diese können sich auf die Lebensmittel übertragen und somit vom Menschen aufgenommen werden.

Die britische Umweltorganisation CHEMTrust lobte die ihrer Meinung nach

„Kreativ und mit Freude mit Lebensmitteln umgehen“

Im April haben die Abgeordneten des EU-Umweltausschusses die Halbierung der Lebensmittelabfälle bis 2030 gefordert. Sie wollen dafür unter anderem Lebensmittelspenden vereinfachen. Denn pro Jahr fallen allein in Deutschland rund elf Millionen Tonnen Lebensmittelabfall von Industrie, Handel, Großverbrauchern und Privathaushalten an. Zu viel, findet Ursula Hudson.

In Deutschland wird jedes achte Lebensmittel weggeworfen. Warum ist das so?

Das hat mit der Wertschätzung der Lebensmittel und auch mit Lebensmittelkenntnis zu tun. Wenn man Lebensmittel nur als Ware sieht, die man kauft und wieder weggibt so wie billige Textilien, ist es in dieser Denke eigentlich normal. Problematisch ist dabei, dass das Lebensmittelsystem, in dem solche Lebensmittel erzeugt und verkauft werden, genau diese Verschwendung braucht, denn ohne die würde es ja gar nicht funktionieren. Es ist angelegt auf enorme Überproduktion, auf ganz schnellen Warenumsatz.

Derzeit diskutieren die politisch Verantwortlichen, wie die Lebensmittelverschwendung verringert werden kann. Welchen Ansatz verfolgt Slow Food?

Unser Ansatz ist zu sagen, die Verschwendung im jetzigen System beginnt im Prinzip schon vor dem Anbau der Pflanze. Sie beginnt bereits, bevor überhaupt ein Saatgut in die Erde gegangen ist, bei Gemüse oder Obst zum Beispiel. Wir sagen, wir müssen viel weiser planen und die Wertschätzung der Lebensmittel auf der Verbraucherseite wieder heben.

Wie könnte diese Wertschätzung gehoben werden?

Durch die Vermittlung von unglaublich viel Verbraucherkompetenz an allen Ecken und Enden. Angefangen bei Schwangeren, bei den Kleinkindern, den Kindergärten bis zu Schulen, die Schulgärten und Küchen haben müssen, damit ganzheitliches Erleben und Erfahrungen vermittelt werden kann. Ernährungspyramiden und Gesundheitsinformationen rücken Lebensmittel in einen funktionalen Zusammenhang, aber nicht in den eigentlichen, also das Verstehen der Lebensmittelketten, der Wertschätzung der Wertschöpfungsketten. Auf der anderen Seite muss man ganz klar Qualität über Quantität stellen und so versuchen, der Verschwendung Einhalt zu gebieten. Da ist auch die Politik dringend gefordert. Es kann nicht sein, dass der Verbraucher, der immer durchleuchtet wird, von dem man weiß, dass er 82 Kilo pro Jahr wegwirft, derjenige sein soll, der es richten muss. Nein, er kann es nur richten, wenn für ihn der Rahmen ein anderer wird. Das ist der Bildungsrahmen auf der einen Seite, und das ist der Erzeugungsrahmen

auf der anderen Seite. Wir können uns das Wegwerfen ressourcenmäßig nicht leisten.

Auch in den nachhaltigen Entwicklungszielen steht, Lebensmittelabfälle um 50 Prozent zu reduzieren. Halten Sie dieses Ziel für realistisch?

Jein. Das ist sehr schwer zu erreichen, solange man nicht an den Stellschrauben der echten Veränderung dreht. Es ist ja auch die Frage, wie das interpretiert wird mit der Verringerung. Ob das was, dann nicht verschwendet wird, zur Hälfte auch in andere Wertschöpfungsketten eingespeist wird, also Wiederverwertung, Recycling zum einen, zum anderen in Energie, Kosmetik, et cetera, alles, was daraus gemacht wird. Wenn man diese Hälfte als solche rechnet, dann wird das gar nichts bringen. Dann ist das systemerhaltend, weil damit Anreize geschaffen werden zur sinnvollen Weiterverwertung, aber nicht zum Weniger. Und es muss eigentlich um das Weniger gehen unter Nachhaltigkeitsaspekten.

Bisher gibt es noch keine politischen Richtlinien, wie Länder dieses Ziel erreichen können. Welche Maßnahmen sind dafür erforderlich?

Zum Beispiel die Stärkung lokaler kleinräumiger Lebensmittelsysteme, beziehungsweise der Wiederaufbau davon. Ich denke an den Verlust von Öl- und Getreidemühlen, Molkereien, Schlachthöfen. Damit diese Produktionsschritte in der Nähe geschehen können und damit kurze Wertschöpfungsketten gestärkt werden. Kurze Ketten sind das Entscheidende, damit die Waren aus der Nähe kommen, und damit der Transport entfällt oder die Ernte zum unreifen Zeitpunkt. Eine andere wichtige Maßnahme ist die Ökologisierung, auch die Diversifizierung von Anbau von Sorten, von Rassen, damit Vielfalt entstehen kann, damit es wieder regionaler wird und wir rauskommen aus diesen großen Monokulturen oder dem Vertragsanbau von Rohstofflieferungen. Also hier muss eine Umwertung geschehen, aber politisch gesteuert.

Was kann jeder Einzelne tun?

Viel. Planen ist Voraussetzung, Lebensmittel ernst nehmen sozusagen als das Wichtigste im Leben neben der Reproduktion der menschlichen Spezies – also eigentlich die Erhaltung unserer selbst durch gute Lebens-

mittel. Das Einkaufen auch mal zu hinterfragen, halte ich für ganz sinnvoll. Dort einzukaufen, wo die Lebensmittel erzeugt werden, ist auch ein Ansatz. Das sagen Menschen oft, die direkt beim Bauern einkaufen: Wenn ich Käse oder Fleisch oder Gemüse von dessen Hof habe, dann werf ich gar nichts weg, weil ich weiß, wie viel Arbeit das ist, und wie der mit seinen Tieren umgeht. Also je tiefer das Verständnis und das Interesse, desto weniger leicht wirft man was weg. Die Lebensmittel und die Menschen näher ranholen, die damit zu tun haben. Gut planen und sich trauen, auch kreativ mit Lebensmitteln umzugehen, die man im Haushalt hat.

Zum Beispiel?

Nicht sklavisch Rezepten folgen, die oft geschrieben sind wie Mischungen für Medikamente in Apotheken. Drei Gramm davon, ein halbes Stück davon, ein Viertel davon, das sind so Anleitungen zum Kochen, die eigentlich wegführen vom Kochen. Etwas wagen, kreativ sein, es hinnehmen, wenn es mal nicht so gut gelingt. Sich einfach inspirieren lassen und grundsätzlich positiv mit Lust und Freude mit Lebensmitteln umgehen.

Slow Food Deutschland feiert gerade 25-jähriges Bestehen. Was für Veränderungen im Lebensmittelsystem sehen Sie seit dem Start?

Slow Food war Vorreiter, am Anfang ausgelacht, denn das galt damals als sehr elitär. Also wir sehen natürlich eine große Veränderung im öffentlichen Diskurs über die Frage, wie werden unsere Lebensmittel erzeugt. Das hat Slow Food schon lange vor anderen gemacht, inzwischen haben auch die großen Umweltorganisationen das Thema Lebensmittelproduktion entdeckt und das macht Hoffnung.

[Interview: Marion Busch, Elena Schägg]

Dr. Ursula Hudson ist Vorsitzende von Slow Food Deutschland.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
2000475-0,
www.slowfood.de



bereits seit drei Jahren überfällige Revision der FCM-Regulierung der Kommission. Das EU-Parlament hatte bereits im vergangenen Oktober striktere Regeln gefordert. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/EC-Presen-FCM-review
- ▶ www.kurzlink.de/JRC-report-FCM-regul
- ▶ www.foodpackagingforum.org/news/migration-of-substances-of-very-high-concern
- ▶ www.chemtrust.org.uk/chemicals-packaging-fcm/#more-4015

UN-Konventionen

Lücken bei Chemikalienverbot

■ Die internationalen Treffen der Delegierten der Stockholm-, Rotterdam- und Basel-Konvention haben Anfang Mai stattgefunden. EU-VertreterInnen haben einige Ausnahmen für künftig verbotene Chemikalien durchgesetzt.

Unter der Stockholm-Konvention gegen persistente organische Schadstoffe (POP) haben UN-Experten drei neue Chemikalien aufgenommen. Dies sind die Flammschutzmittel DecaBDE und kurzkettige Chlorparaffine (SCCP) sowie das Lösungsmittel Hexachlorobutadien (HCBd). Alle drei gelten als persistent, hochgiftig und kumulativ in der Nahrungskette. Das Verbot der weiteren Herstellung und Nutzung dieser Chemikalien wird zwischen August und Oktober dieses Jahres in Kraft treten.

Allerdings kritisiert der IPEN, der internationale Dachverband von Umwelt- und Gesundheitsgruppen für eine giftfreie Zukunft, dass das Verbot für DecaBDE zahlreiche Schlupflöcher offen lässt. So gibt es einige Ausnahmen, zum Beispiel darf DecaBDE in der Luftfahrt bis 2050 hergestellt und bis 2100 genutzt werden. Diese Sonderbehandlung geht auf einen Vorschlag der EU-Luftfahrtindustrie zurück, die bereits in dem ab 2019 geltenden EU-Verbot eine Ausnahmeregelung bis 2027 erzielt hat. Weitere Verlängerungen für DecaBDE gibt es in der Auto- und Textilindustrie. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/StockholmKonv-8meeti
- ▶ www.kurzlink.de/IPEN-UNmeet-critics

Arzneimittel

Fahrplan gegen Umweltverschmutzung

■ Der Eintrag von Antibiotika in die Umwelt und die dadurch entstehenden Resistenzen dagegen sind zwei von vielen Problemen, die durch die Herstellung von Arzneimitteln hervorgerufen werden. Deshalb hat die EU-Kommission Ende April dazu einen Fahrplan herausgegeben.

In dem Fahrplan „Strategischer Ansatz zu Arzneimitteln in der Umwelt“ führt die Kommission aus, dass zuerst Wissenslücken beispielsweise über die Verbreitung von Arzneimitteln in der Umwelt sowie deren Beitrag zu Antibiotikaresistenzen ermittelt werden müssen. Anschließend können politische Maßnahmen entwickelt werden, um insbesondere die Verschmutzung von Wasser und Böden durch Medikamente zu unterbinden. Die Anpassung der Wasserrahmenrichtlinie der EU könnte ein Mittel dafür sein.

Zudem hat die Kommission bereits im September 2014 einen Bericht mit möglichen Maßnahmen herausgegeben. Eine öffentliche Konsultation soll noch in der ersten Hälfte 2017 geschaltet werden. [es]

- ▶ Fahrplan der Kommission: www.kurzlink.de/EC-RM-pharmaceutenvi
- ▶ Bericht der Kommission: www.ec.europa.eu/health/human-use/environment-medicines_en

Chemikalienprüfung

Schutz vor flexiblen Substanzen

■ REACH, das Chemikalienregister in der EU, beurteilt Chemikalien danach, ob sie persistent, bioakkumulierend und toxisch sind („PBT“-Kriterien) und stuft sie dann als besorgniserregende Stoffe ein. Das Umweltbundesamt (UBA) will nun die Mobilität von Chemikalien als weiteres Kriterium hinzufügen.

Mobil bedeutet dabei, dass sich die Stoffe mit dem Wasserkreislauf bewegen und sich

zum Beispiel nicht an feste Stoffe wie Sand oder Aktivkohle binden. Dadurch können sich Chemikalien über große Distanzen und lange Zeiträume in Flüssen, Seen, Bächen und im Grundwasser bewegen.

„Schlimmstenfalls gelangen solche mobilen Industriechemikalien bis in unser Trinkwasser. Das geschieht bislang nur punktuell – und sehr selten in möglicherweise gesundheitsrelevanten Konzentrationen. Für den Schutz unserer Gesundheit ist es aber wichtig, dass wir mobile Chemikalien auch vorsorglich stärker ins Visier nehmen“, sagte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger.

Michael Warhust, Leiter der Umweltorganisation CHEM Trust, befürwortete den Vorstoß Deutschlands, darüber auf EU-Ebene zu diskutieren. In der Vergangenheit hätte es bereits massive Probleme mit mobilen Chemikalien wie den ozon-schädigenden FCKWs gegeben. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/UBA-mobileChem-REACH

Kraftwerke

Künftig bessere Standards

■ Der Ministerrat der EU hat am 28. April in einem knappen Ergebnis neue Umweltstandards für Großfeuerungsanlagen (LCP), worunter auch Kohlekraftwerke fallen, beschlossen. Deutschland war eines von acht Ländern, die dagegen stimmten.

Die Novelle regelt nun den Einsatz der besten verfügbaren Techniken bei LCPs unter verschärften Bedingungen. Durch die neue Regulierung dürfen die Anlagen ab 2021 deutlich weniger Feinstaub, Schwefel und Stickoxide ausstoßen. Zum ersten Mal sind auch Grenzwerte für Quecksilber festgeschrieben worden.

Deutschland hatte im Vorhinein strengere Emissionsgrenzwerte infrage gestellt und nun mit Polen, Tschechien, Bulgarien, Finnland, Ungarn, Slowakei und Rumänien dagegen gestimmt. So kam es zu einer sehr knappen Mehrheitsentscheidung – 65,15 Prozent von benötigten 65 Prozent.

Der Umweltverband BUND wertet das Ergebnis als „Ohrfeige für die Bundesregie-

„... und deren kohlefreundliche Haltung“. Viele Umweltorganisationen sind erleichtert über die hart und lang umkämpfte Entscheidung. Christian Schaible, der für das Europäische Umweltbüro (EEB) an den Verhandlungen teilnahm, sagte: „Dies sind endlich gute Nachrichten im Kampf gegen Luftverschmutzung. Die heutige Entscheidung wird dazu führen, dass die schmutzigsten Anlagen entweder saubere Techniken einbauen oder schließen müssen.“ [es]

- ▶ www.kurzlink.de/EEB-LCPBREF-Abstimm
- ▶ www.kurzlink.de/BUND-LCPBREF-Abstimm

Lärm

Europas Straßen sind zu laut

■ Jede fünfte BürgerIn der EU leidet unter zu hoher Lärmbelastung. Dies hat die Europäische Umweltagentur (EEA) in einem Bericht im April bekannt gegeben.

Als Hauptquelle für den Lärm gilt der Straßenverkehr, gefolgt von Eisenbahn, Flugzeugen und Industrie. Der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge ist Lärm nach zu hoher Luftverschmutzung der gesundheitsschädlichste Stressfaktor in Europa.

Insgesamt seien 32 Millionen BürgerInnen extrem hohen Lärmbelastungen über 65 Dezibel ausgesetzt. In der EU-Richtlinie über Umgebungslärm ist ein Grenzwert von 55 Dezibel am Tag festgeschrieben. In einer Bewertung der Richtlinie Ende 2016 kam die EU-Kommission zu dem Schluss, dass sich die Umsetzung erheblich verzögert. So habe die Hälfte der Mitgliedstaaten keinen Aktionsplan zur Lärmverminderung eingereicht.

Die EEA verlangt deshalb von der EU und den Mitgliedstaaten, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen und eine bessere Implementierung anzustreben, um die Gesundheitsbelastungen zu reduzieren. Der Bericht wurde unter anderem anlässlich des Internationalen Tages gegen Lärm im April veröffentlicht. [es]

- ▶ www.eea.europa.eu/highlights/road-traffic-remains-biggest-source
- ▶ Tag des Lärms: www.euracoustics.org/INAD2017

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Deutsche Entwicklungspolitik

Nachbessern bei Nachhaltigkeit

■ Ende April hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den 15. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vorgelegt. Darin wird ein komplexes Bild von globalen Problemen und Herausforderungen gezeichnet. Dazu zählen Klimawandel, Verlust von Biodiversität und Umweltzerstörung. Auch auf Verstärkung, Nahrungsmittelsicherheit und Mobilität geht der Bericht ein. Initiativen und Maßnahmen werden vorgestellt sowie die Bedeutung der Agenda 2030 und des Pariser Klimavertrags hervorgehoben.

Der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (Venro) findet zwar die Analyse zutreffend, aber das bisherige politische Handeln völlig unzureichend. Insbesondere die Umsetzung der Agenda 2030 bleibe hinter den Erwartungen zurück. Daher fordert Venro, die Kohärenz der einzelnen Politikfelder im Sinn der UN-Nachhaltigkeitsziele zu steigern. Auch müsse die Wirtschaft stärker bei der Wahrung von Menschenrechten und von ökologischen Standards in die Pflicht genommen werden. Lediglich auf freiwillige Selbstverpflichtung zu setzen, greife zu kurz. [aw]

- ▶ Der vollständige Bericht: www.kurzlink.de/bmz-15-bericht-2017
- ▶ Reaktion von Venro: www.kurzlink.de/reaktion-26-04-17

Unternehmensverantwortung

Mehr Transparenz gefordert

■ Das deutsche INKOTA-Netzwerk hat Anfang Mai die Onlinepetition „Transparenz statt Versteckspiel“ gestartet, um Druck auf Unternehmen der Schuh- und Lederproduktion auszuüben. Sie sollen umfassende Informationen preisgeben, wo und unter welchen Bedingungen sie

Ein Wertekodex für die Wirtschaft



»Den Kapitalismus zähmen? Yes, we can!«

Peter H. Grassmann

Das Buch zeigt am Beispiel eines großen Wirtschaftsverbandes, wie dessen Mitgliedsfirmen dazu verpflichtet wurden, unfaire Geschäftspraktiken einzustellen und die hohen Standards des Verbandskodex zu beachten. Eine Blaupause für eine verantwortungsvolle Wirtschaft.

Peter H. Grassmann

Werteorientierte Marktwirtschaft
Wie die Wirtschaft mit Umwelt und Gesellschaft in Einklang kommen kann



oekom verlag, München
 208 Seiten, Broschur
 14,95 Euro
 ISBN: 978-3-96006-007-9
 Erscheinungstermin:
 04.05.2017
 Auch als E-Book erhältlich



herstellen lassen. Unternehmen wie Deichmann oder Birkenstock werden zudem aufgefordert, endlich ihren Sorgfaltspflichten gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte nachzukommen.

Die Missstände in diesem Segment der Textilbranche sind vielfältig. Mehrheitlich kommen hochgiftige Chemikalien beim Gerben und Färben zum Einsatz. In den Fabriken werden Gesundheits- und Sicherheitsstandards häufig nicht eingehalten. Die ArbeiterInnen setzen sich massiven Gesundheitsrisiken aus. Die Umwelt wird enorm belastet. Das Netzwerk drängt auf höhere Transparenz in der gesamten Wertschöpfungskette und unabhängige Verifizierung als erste Schritte, um auch den VerbraucherInnen im globalen Norden nachhaltige Produkte anbieten zu können. [aw]

- Onlinepetition:
www.kurzlink.de/changeyourshoes-pet

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Internationaler Klimaschutz

Paris-Abkommen soll konkreter werden

■ Im Mai fanden in Bonn wichtige Zwischenverhandlungen für eine detailliertere Ausgestaltung des Pariser Klimaabkommens statt. Das Treffen diente der Vorbereitung für die nächste Vertragsstaatenkonferenz (COP 23) im November. Gleichzeitig hatte die US-Regierung erneut ihre Entscheidung vertagt, ob sie aus dem Abkommen austritt.

Ein Schwerpunkt der Bonner Gespräche (nach Redaktionsschluss) soll die Schaffung eines Regelbuchs sein, dessen Publikation für Ende 2018 geplant ist. Sämtliche Vertragsstaaten sollen alle fünf Jahre in vergleichbarer Form über ihre Fortschritte und klimapolitischen Maßnahmen Bericht erstatten. Zweitens soll es einen Beschluss zum Anpassungsfonds geben, mit dem Projekte für die Anpassung an Klimawandelfolgen für die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern finanziert werden sollen. Drittens wollten die Delegierten das Format der ersten Runde zur Zielerhebung diskutieren. Zwischen 2018 und 2020 sollen die Vertragsstaaten ihre nationalen Klimaziele prüfen und gegebenenfalls nachbessern.

Unterdessen hieß es aus dem Weißen Haus, US-Präsident Trump werde frühestens nach dem G7-Gipfeltreffen Ende Mai (nach Redaktionsschluss) in Italien bekannt geben, ob sich die USA vom Pariser Abkommen abkehren oder es neu verhandeln werden. Die Umweltschutz- und Entwicklungsorganisation Germanwatch kritisierte die US-Regierung bereits scharf. Ihr politischer Geschäftsführer Christoph Bals kommentierte: „Ein Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen wäre der Gipfel des Zynismus und der Dummheit.“ Er sieht Bundeskanzlerin Angela Merkel jetzt in der Pflicht, auf den bevorstehenden Gipfeltreffen der G7 und G20 Druck auf Trump auszuüben, „um deutlich zu machen, dass die internationale Gemeinschaft von den USA weiterhin einen angemessenen Beitrag zu Klimaschutz und Klimafinanzierung erwartet.“ [aw]

- Bonner Konferenz: www.unfccc.int/meetings/bonn_may_2017/meeting/10076.php
- Germanwatch: www.germanwatch.org/de/13820
- Politico: www.kurzlink.de/trump-afterG7-090517

Grenzüberschreitender Klimaschutz

Neue Initiative gestartet

■ Das Bundesumweltministerium (BMUB) hat im April die Europäische Klimaschutzinitiative (EUKI) ins Leben gerufen. Dieses neue Finanzierungsinstrument soll künftig

die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Klimaschutzes unterstützen.

Mögliche Themenfelder für bi- und multilaterale Projekte der EUKI sind nach Angaben des BMUB die Entwicklung von Klimastrategien und ihre Umsetzung auf verschiedenen Ebenen, Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu Klimawandel und Klimaschutz. Auch der Austausch zu Klimapolitikinstrumenten, Maßnahmen und Projekten in relevanten Sektoren (Energie, Industrie, Verkehr, private Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistung, Abfall, Landwirtschaft und Landnutzung) sollen der Finanzierung offenstehen. Die EUKI unterstützt Querschnittsprojekte zwischen diesen Sektoren sowie im Bereich klimafreundliche Stadtentwicklung.

Zielgruppen der EUKI-Projekte sind Regierungen, Kommunen, Bildungseinrichtungen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, hauptsächlich in Mittel-, Ost- und Südeuropa.

Projekte können mit einem Betrag von 50.000 bis 900.000 Euro gefördert werden. Die Dauer der Förderung ist bis Februar 2020 begrenzt. Interessierte Akteure können sich auf der Website informieren. [aw]

- www.euki.de

Deutsche Klimaschutzziele

Es tut sich zu wenig

■ Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth hat im Mai mehr Anstrengung von Deutschland für den Klimaschutz gefordert. Ein „Weiter so“ würde zwangsläufig zu einer Verfehlung der bindenden internationalen Klimaschutzziele führen. Nach Angaben des europäischen Nachrichtenportals EurActiv verlangte Flasbarth einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung, auch weil in Zukunft eine stärkere Kopplung von Sektoren, insbesondere von Verkehr sowie Wärme- und Kälteversorgung mit dem Stromsektor zu erwarten sei.

Verschiedenen Studien zufolge werde Deutschland sehr wahrscheinlich sowohl sein Erneuerbaren-Ziel 2020 als auch sein

Einsparziel von Treibhausgasemissionen 2020 nicht erfüllen. Zum Beispiel warnte die Expertenkommission, die den Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung wissenschaftlich begleitet, in ihrer Stellungnahme vor zu viel Optimismus. Sie sah „erheblichen Handlungsbedarf zur Erreichung der Energiewendeziele“.

Flasbarth führte als Gründe für Deutschlands Versagen erstens ein größeres Wirtschaftswachstum als erwartet und zweitens die niedrigen Weltmarktpreise für fossile Energieträger an. Drittens sei ein „Komplettversagen der Verkehrspolitik“ schuld. Der Sektor habe gegenüber 1990 sogar einen Anstieg von Treibhausgasemissionen zu verzeichnen. [aw]

- EurActiv: www.kurzlink.de/bmub-klima-030517
- Bericht der Expertenkommission: www.kurzlink.de/5-monitoring-exp-kom

Lastenteilung

Agrarremissionen im Visier

■ Der mitberatende Landwirtschaftsausschuss (AGRI) hat Anfang Mai seine Stellungnahme zur geplanten Verordnung über die Lastenteilung (Effort Sharing Regulation, ESR) verabschiedet.

Die Abgeordneten um den Berichterstatter Nicola Caputo (S&D, Italien) weisen darauf hin, dass die Verringerung des Treibhausgasausstoßes in der Landwirtschaft schwierig sei. Es müssten konkrete innovative Maßnahmen her, wie die Umwandlung von Grünland in Dauergrünland, die Eindämmung der Abholzung oder die Erhaltung von Feucht- und Torfgebieten. Die AGRI-Mitglieder wollen die Höchstmenge an übertragbaren Zertifikaten aus der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) auf 425 Millionen erhöhen. Die EU-Kommission erwägt 280 Millionen LULUCF-Zertifikate als Flexibilitätsmechanismus. Der federführende Umweltausschuss avisiert die Anrechnung auf nationale Reduktionsziele von maximal 190 Millionen solcher Zertifikate. Zu den Sektoren der ESR zählen Gebäude, Verkehr, Abfall und Landwirtschaft.

Internationale Atomhaftungsregelungen mangelhaft

Die Kosten eines Super-GAU übersteigen internationale Haftungsgrenzen um das Hundert- bis Tausendfache, erklärt Lena Reuster von FÖS.

Deutschland steigt aus der Atomenergie aus, doch die europäischen Nachbarländer verlängern die Laufzeiten alter Reaktoren oder bauen neue Atomkraftwerke. Die Atomenergie ist eine mit Risiken verbundene Technologie, die im Schadensfall Folgekosten in Milliardenhöhe verursachen kann. Ein Nuklearunfall in einem dieser Reaktoren bis hin zum Super-GAU (größter anzunehmender Unfall mit Kontamination der Umwelt) kann im schlimmsten Fall auch Auswirkungen auf Deutschland haben: durch unmittelbare Auswirkungen der Strahlung auf die Umwelt und Gesundheit der betroffenen Bevölkerung, aber auch durch hohe Folgekosten zur Beseitigung oder Reparatur von Schäden und Kosten für die betroffene Infrastruktur. Die geltende internationale Rechtslage birgt jedoch das Risiko, dass die Verursacher oder die Regierungen der Ursprungsländer lediglich für einen geringen Teil der Folgekosten aufkommen.

Inwieweit wäre Deutschland von einem nuklearen Unfall im europäischen Ausland betroffen? Ein Katastrophenfall in einem von fünf sehr grenznahen Atomkraftwerken in Frankreich (Fessenheim, Cattenom) und der Schweiz (Leibstadt, Beznau, Gösgen) würde Evakuierungen auf deutschem Boden unbedingt erforderlich machen. Bei weiteren sieben Atomkraftwerken in Frankreich, der Schweiz, Belgien, Tschechien und den Niederlanden liegt deutscher Boden noch in der nächsthöheren Gefahrenzone. Hier gelten als mindestens erforderliche Maßnahmen: Einnahme von Jodtabletten und Aufenthalt in Gebäuden. Je nach Art des Unfalls können aber auch Evakuierungen bis zu einer Entfernung von 600 Kilometern vom Unfallort notwendig werden. In diesem Radius zur deutschen Grenze liegen 34 ausländische Atomkraftwerke.

Die Kosten eines nuklearen Unfalls sind schwer zu schätzen, hängen sie doch von vielen unterschiedlichen regionalen Variablen ab. Sie setzen sich zentral zusammen aus Gesundheitskosten, Schadenskosten an bestehender Infrastruktur sowie am Bodenwert. Aus fast allen Analysen zum Thema geht jedoch hervor: Sie liegen auf einem hohen Niveau und stets im dreistelligen Milliardenbereich. Als grobe Abschät-

zung der Schadenshöhe lässt sich eine Spannweite von rund 100 bis 400 Milliarden Euro nennen.

Und bis zu welchem Maß haften die ausländischen Kraftwerksbetreiber im Falle eines Unfalls mit grenzüberschreitenden Auswirkungen? Die Mindestanforderung an die Haftungs- und Deckungsvorsorge europäischer Kraftwerksbetreiber liegt lediglich im dreistelligen Millionenbereich. Die aktuell geltenden internationalen Haftungsüberkommen von Paris, Brüssel und Wien erfordern hier Deckungsvorsorgen von maximal circa 381 Millionen Euro. Damit übersteigen die zu erwartenden Kosten die erforderliche Mindestdeckungsvorsorge um rund das 250- bis 1.000-Fache. Selbst die höchste geforderte Deckungsvorsorge in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz beträgt nur rund eine Milliarde Euro und würde somit nur rund ein Hundertstel der zu erwartenden Kosten decken. Zudem ist in allen Ländern außer Deutschland und der Schweiz die Haftung der Kraftwerksbetreiber begrenzt, in den meisten Fällen in Höhe des Deckungsvorsorgebetrags.

Die bestehenden internationalen Nuklearhaftungssysteme schaffen somit keine solide Haftungsgrundlage, sondern schränken die Haftung der Verursacherstaaten vielmehr ein. Deutschland hat im Vergleich mit den europäischen Nachbarstaaten die weitreichendsten Anforderungen an die Haftung und Deckungsvorsorge der Atomkraftwerksbetreiber (unbegrenzte Haftung, 2,5 Milliarden Euro Deckungsvorsorge). Die deutschen Nachbarländer mit Atomkraftwerken liegen weit dahinter zurück.

- Weitere Informationen: www.foes.de/pdf/2017-04-FOES-Kurzanalyse-Atomhaftung.pdf

Lena Reuster ist wissenschaftliche Referentin für Energiepolitik und Projektleiterin zum Thema Energieeffizienz beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS).

Mit dem AGRI-Papier liegen sämtliche Stellungnahmen vor. Der federführende Umweltausschuss stimmt voraussichtlich am 30. Mai (nach Redaktionsschluss) über den Berichtsentwurf ab. Am 19. Juni wird eine gemeinsame Verhandlungsposition des Ministerrats erwartet.

Das Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) kam in einer im April veröffentlichten Studie zu dem Ergebnis, dass die Reduktion von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft nicht schwieriger oder weniger effektiv sei als in anderen Sektoren. Transport & Environment (T&E), Auftraggeber der Studie, rief die EU-Abgeordneten dazu auf, die Möglichkeit für Mitgliedstaaten zu begrenzen, LULUCF-Zertifikate auf die ESR-Sektoren anzurechnen und den Startpunkt, der die nationalen Emissionsbudgets festlegt, früher anzusetzen. [aw]

- ▶ ESR Dossier: www.kurzlink.de/esr-procedure-file
- ▶ IEEP Studie: www.kurzlink.de/ieep-esrstudy-210417

Emissionshandel

Langstrecke einkalkulieren

■ Die Ausnahmeregelung der EU für internationale Flüge vom europäischen Emissionshandel (EU ETS) soll auslaufen, bevor das marktbasierete Instrument der

Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation (ICAO) 2021 in Kraft tritt. So schlägt es Julie Girling (Europäische Konservative und Reformen, Vereinigtes Königreich) in ihrem Berichtsentwurf vor, der Anfang Mai veröffentlicht worden ist.

Die Berichterstatterin des federführenden Umweltausschusses im EU-Parlament bezieht sich auf den Legislativvorschlag der EU-Kommission vom Februar. Das Exekutivorgan will den Stop-the-Clock-Mechanismus verlängern, wonach Fluggesellschaften nur Emissionszertifikate für Flüge innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums erwerben müssen. Sie setzt stattdessen auf CORSIA (Carbon Offsetting and Reduction Scheme in International Aviation), das Instrument der ICAO zur Reduktion und Kompensation von Treibhausgasemissionen im internationalen Flugverkehr. Anders Girling: Sie fordert die Kommission auf, CORSIA bis spätestens 2019 einem Reviewprozess zu unterziehen, um dann innerhalb von sechs Monaten über die Stop-the-Clock-Regelung zu entscheiden.

Außerdem schlägt sie vor, dass ab 2021 dem Flugsektor zehn Prozent weniger Zertifikate zur Verfügung stehen sollen im Vergleich zur durchschnittlichen Menge zwischen 2014 und 2016. Ab 1. Januar 2021 soll der zu versteigernde Anteil von ETS-Zertifikaten von 15 auf 50 Prozent erhöht

werden. Die Erlöse aus der Versteigerung sollen Maßnahmen für Klimaschutz und für emissionsarme Mobilität finanzieren.

Das Votum des Umweltausschusses wird für Juni oder Juli erwartet. Mitte September wird mit der Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments gerechnet. [aw]

- ▶ Flugverkehr Dossier: www.kurzlink.de/aviation-ets-dossier

Gebäudeenergieeffizienz

Mutiger Vorschlag

■ Die Vorgaben für nationale Strategien zur energetischen Gebäudesanierung müssen verschärft werden. So fordert es der dänische Berichterstatter im EU-Parlament Bendt Bendtsen in seinem Berichtsentwurf, der Ende April veröffentlicht wurde.

Der konservative Abgeordnete schlägt vor, die Strategien der EU-Mitgliedstaaten vorrangig auf Haushalte, die unter Energiearmut leiden, auf sozialen Wohnungsbau sowie auf jene Gebäude mit der schlechtesten Effizienzbilanz zu fokussieren.

Nach dem Willen des Dänen sollen EU-Länder verpflichtet werden aufzuzeigen, wie ihre Energieeinsparziele im Gebäudesektor für 2030 und für 2040 zur Erreichung des EU-Klimaziels, bis Mitte des

Nachhaltigkeit

A-Z





B wie Begrenzung

Sicher ist: Das beständige Flächenwachstum von Städten und Gemeinden und der damit steigende Naturverbrauch müssen begrenzt werden. Und immer mehr Verkehr bedeutet immer mehr Kraftstoffverbrauch und klimaschädliche Abgase. Was also tun? Es gibt viele praktikable Lösungen, die helfen Nachhaltigkeitsziele in der Stadt- und Verkehrsplanung besser durchzusetzen. Überall dort, wo dies nach geltendem Recht kaum möglich erscheint, werden konkrete Vorschläge zur Änderung von Gesetzen und Verordnungen gemacht.

J. Meyer
Nachhaltige Kommunalpolitik ist möglich
 Zur Durchsetzung einer nachhaltigen Stadt- und Verkehrsplanung
 138 Seiten, broschiert, 22,95 Euro, ISBN 978-3-96006-002-4

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de



Die guten Seiten der Zukunft

Jahrhunderts nahezu klimaneutral zu sein, beitragen. Auch sollen die Mitgliedstaaten durch verschiedene Maßnahmen Anreize für die Gebäudesanierung schaffen. Die EU-Kommission soll zusätzlich prüfen, ob ein Gebäudepass praktikabel sei, der einen langfristigen Renovierungsplan beinhalte.

Mit den Vorstößen geht Bendtsen über den Vorschlag der EU-Kommission für eine überarbeitete Richtlinie für Gebäudeeffizienz (Energy Performance in Buildings Directive) nach 2020 hinaus. Und der Berichtsentwurf ist nach Angaben des Umweltnachrichtendienstes ENDS sehr viel ambitionierter als ein interner Entwurf zur Position des Ministerrats.

Die EU-ParlamentarierInnen des federführenden Industrieausschusses haben bis zum 9. Juni Zeit, Änderungsanträge einzureichen. Der Industrieausschuss wird voraussichtlich am 11. Oktober über den Berichtsentwurf abstimmen. Mit dem Votum des Plenums des EU-Parlaments wird im November gerechnet. [aw]

- ▶ Berichtsentwurf (engl.): www.kurzlink.de/epbd-draft-report
- ▶ EPBD Dossier (engl.): www.kurzlink.de/epbd-procedure-file

Energieeffizienz I

Kontroverse Standpunkte

■ Sowohl das EU-Parlament als auch der Rat der EU sind dabei, ihre jeweilige Verhandlungsposition bezüglich der Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie (EED) ab 2021 festzulegen.

Die maltesische Ratspräsidentschaft hat im Mai ihre Verhandlungsposition gegenüber der Brüsseler Interessengruppe The Coalition for Energy Savings verteidigt. Aufgrund von gegensätzlichen und verfestigten Haltungen einiger Regierungen erwägt Malta die Absenkung des in Artikel 7 festgesetzten jährlichen Einsparziels von aktuell 1,5 Prozent auf 1,4 Prozent. Etwa die Hälfte der Mitgliedstaaten lehnt außerdem verbindliche Ziele ab. Das Bündnis Coalition for Energy Savings hatte Malts Schritt kritisiert, da durch die Abschwächung des

Energieeinsparziels mehr als 100.000 Arbeitsplätze in der EU gefährdet würden.

Der mitberatende Umweltausschuss (ENVI) im EU-Parlament hat im Mai seinen Entwurf einer Stellungnahme veröffentlicht. Die Berichterstatterin Jytte Guteland (S&D, Schweden) bekräftigt in dem Papier das verbindliche 40-Prozent-Einsparziel bis 2030. Im Juni 2016 hatte sich das EU-Parlament in einer rechtlich nicht bindenden Entschließung dazu bekannt. Auch verlangt Guteland verbindliche Ziele für die EU-Mitgliedstaaten sowie die Beibehaltung der jährlichen Einsparverpflichtung von 1,5 Prozent. Wenn es nach ihr ginge, würden zudem zahlreiche Schlupflöcher geschlossen, die die Erreichung der 1,5 Prozent untergraben. Bislang können Mitgliedstaaten beispielsweise den Verkehrssektor von den Berechnungen ausschließen.

Voraussichtlich am 7. September beschließt der ENVI seine Stellungnahme. Der federführende Industrieausschuss stimmt vermutlich im Oktober über den Berichtsentwurf ab. Im Rat der EnergieministerInnen wird eventuell im Juni mit einer Einigung gerechnet. [aw]

- ▶ Malts Stellungnahme: www.eu2017.mt/en/Press-Releases/Documents/PR170173_EN.pdf
- ▶ Coalition for Energy Savings: www.energycoalition.eu/maltese-presidency-slowng-down-energy-savings
- ▶ EED-Dossier: www.kurzlink.de/eed-dossier

Energieeffizienz II

Kommission blockt ab

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben die EU-Kommission gerügt, sie kontrolliere die Maßnahmen zur Energieeinsparung in Deutschland völlig unzureichend. Die EU-Kommission wiegelte ab.

Im Juli 2016 hatten beide Umweltorganisationen Beschwerde bei der Kommission eingelegt, weil sie befürchteten, dass die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um das jährliche Ein-

sparziel von 1,5 Prozent zu erfüllen. Die EU-Kommission hat nach fast einem Jahr auf die Beschwerde reagiert. Paul Hodson, Leiter der Abteilung für Energieeffizienz, erklärte in seinem Antwortschreiben, alle EU-Mitgliedstaaten hätten freie Hand zu entscheiden, welche Maßnahmen sie anrechnen lassen, um das Effizienzziel zu erreichen. Auf die Forderung, die von der Bundesregierung vorgelegten Instrumente auf Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit zu überprüfen, ging die Kommission nicht ein. Bei der Frage, ob das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) oder der EU-Emissionshandel (ETS) als Maßnahmen zur Energieeinsparung angerechnet werden dürfen, gab Hodson zu, dass dies nicht abschließend geklärt sei.

BUND und DUH haben reagiert und Hodson aufgefordert, den Beschwerdefall nicht abzuschließen. Sie verlangen eine detaillierte Erklärung, weshalb die Kommission bestimmte Maßnahmen von Deutschland unter Artikel 7 der Richtlinie als angemessen betrachtet. [aw]

- ▶ Gemeinsame Mitteilung von BUND und DUH: www.kurzlink.de/duh-bund-eed-260417

Erdgasimporte

EU-Deal soll Versorgung sichern

■ EU-Parlament und -Rat haben sich im April informell auf neue Regelungen bei der Versorgung mit Erdgas innerhalb der EU geeinigt. Zentraler Bestandteil des Kompromisses ist die Schaffung eines Solidaritätsmechanismus: Wenn in einem EU-Mitgliedstaat ein Versorgungsengpass droht, kann dieser in Zukunft andere Mitgliedstaaten um grenzüberschreitende Hilfe bitten. Im Gegenzug soll der in Not geratene Mitgliedstaat eine finanzielle Kompensation zahlen.

Der Berichterstatter Jerzy Buzek (EVP, Polen) begrüßte das Verhandlungsergebnis. Die EU werde somit widerstandsfähiger gegenüber externen Krisen und unabhängiger von Gaslieferungen aus dem EU-Ausland. ▶

Des Weiteren soll der Entwurf der Kommission das Recht geben, Lieferverträge zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten vorab auf Vereinbarkeit mit EU-Recht zu prüfen sowie Empfehlungen auszusprechen.

Der informelle Kompromiss muss noch offiziell von EU-Parlament und Ministerrat gebilligt werden. [aw]

- www.kurzlink.de/eup-gasdeal-270417
- www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/04/26-security-gas-supply

Kohleausstieg

Machbar und notwendig

■ Eine Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag des NABU verdeutlicht, dass ein rascher Kohleausstieg bis 2035 „rechtlich möglich und sozial verträglich finanzierbar ist“.

Vor dem Hintergrund des internationalen Klimaabkommens von Paris müssen deutsche Kohlekraftwerke schnellstmöglich abgeschaltet werden. Ein beschleunigter Kohleausstieg beinhaltet die Abschaltung von Kraftwerken, bevor diese das Ende ihrer technischen Lebensdauer erreichen. Vorhandene Tagebaue müssen geschlossen und die Erschließung neuer Kohleabbaugebiete verboten werden.

Um den Ausstieg aus der Kohlenutzung sozial verträglich zu gestalten, setzt sich der NABU für einen Kohlekonsens ein, der zwischen Regierung und anderen Akteuren wie Ländern, Kommunen, Gewerkschaften und betroffenen Unternehmen ausgehandelt werden muss. In jedem Fall muss ein gesetzlich geregelter Kohleausstiegsplan auf den Weg gebracht werden. Dass sich die jetzige Bundesregierung dieser Aufgabe verweigert und auf EU-Ebene für lasche Stickoxidgrenzwerte für Kohlekraftwerke wirbt, sei das falsche Signal.

Ergänzend zeigte der NABU auf, dass im Jahr 2016 rund 40 Prozent des Stroms in Deutschland aus Kohleverbrennung stammten. Die Kohleverstromung war für circa 80 Prozent der CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung verantwortlich. [aw]

- www.kurzlink.de/wi-nabu-kohlestudie

Atomenergie

Protest gegen Exporte

■ AktivistInnen von Greenpeace haben im Mai gegen die Lieferung deutscher Brennelemente an Atomkraftwerke (AKW) in Nachbarländern demonstriert. Der Protest fand vor der Fertigungsanlage von Brennelementen des Unternehmens Advanced Nuclear Fuels (ANF) im niedersächsischen Lingen statt. Zu den von ANF belieferten AKWs gehören auch die alten und äußerst störanfälligen Reaktoren Fessenheim in Frankreich, Tihange und Doel in Belgien. Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace, kritisierte: „Der deutsche Atomausstieg ist absolut inkonsequent. Deutschland kann nicht aus der Atomenergie aussteigen, aber zugleich ohne absehbares Ende Schrottreaktoren in ganz Europa antreiben.“ Des Weiteren verursacht die Herstellung von Brennstäben nuklearen Abfall, dessen Entsorgung oder Lagerung noch ungelöst ist. „Vor diesem Hintergrund muss das Gesetz zum Atomausstieg in Deutschland auf die Brennelementproduktion und die Urananreicherung erweitert werden“, forderte Smital. Das Gesetz über die Suche von geeigneten Endlagerstätten war im März von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden.

Neben der Entsorgung existiert ein weiteres schwerwiegendes Problem: Die Atomindustrie ist für atomare Unfälle weder ausreichend versichert noch gibt es praktikable Konzepte, wie auf einen Super-GAU reagiert werden kann (siehe Kommentar von Lena Reuster in dieser Ausgabe). [aw]

- www.kurzlink.de/atomprotest-100517

KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

Bioimporte

Bessere Kontrolle möglich

■ Seit Ende April 2017 gilt in der Europäischen Union ein neues Bescheinigungssystem, das online eine bessere Überwachung

der Einfuhr von Bioerzeugnissen gewährleisten soll. Die neuen Vorschriften dienen dazu, die Rückverfolgbarkeit von Bioprodukten zu verbessern und potenziellen Betrug zu erschweren.

In der Praxis bedeuten die Neuerungen, dass die Einfuhrbescheinigungen in das bestehende Informationssystem TRACES (Trade Control & Expert System) integriert werden. TRACES bietet die Möglichkeit, schnell auf Gesundheitsgefahren zu reagieren, indem es die Verbringung von Sendungen verfolgt und das Risikomanagement bei zurückgewiesenen Sendungen erleichtert.

Sechs Monate lang können Papier- und elektronische Bescheinigungen parallel verwendet werden. Ab dem 19. Oktober gelten dann nur noch die elektronischen Bescheinigungen für Bioimporte. [mbu]

- EU-Kommission zu Bioimporten:
www.europa.eu/rapid (Search: IP/17/963)
- TRACES:
www.ec.europa.eu/food/animals/traces_en

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Landwirtschaftsflächen

Agrarland in die Hände von mehr Landwirten

■ Ende April hat das Europäische Parlament den Initiativbericht des Agrar Ausschusses gegen die Konzentration von Agrarland in der Europäischen Union mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Die federführende Berichterstatterin Maria Noichl (S&D, Deutschland) fasst darin den aktuellen Stand der Vergabe von Agrarflächen in der EU zusammen, stellt die Frage, wie Bäuerinnen und Bauern leichter Zugang zu Ackerland bekommen können, und schlägt entsprechende Maßnahmen dazu vor. Noichl macht in dem Bericht „die katastrophalen Konzentrationsprozesse bei Agrarland“ deutlich: 2013 kontrollierten in der EU-27 rund 3 Prozent der Betriebe mehr als die Hälfte (52 Prozent)

der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Gegensatz dazu verfügten mehr als drei Viertel aller Betriebe (76 Prozent) lediglich über rund 11 Prozent des Agrarlandes.

Ein Hebel, um diese Entwicklung umzukehren, ist aus Sicht der EU-Abgeordneten, die Zuteilung von Agrarsubventionen zu ändern. Derzeit gelte das Prinzip: Wer viel Land besitzt, bekommt auch viel Geld. Künftig dürfe nicht die Flächengröße, sondern müsse der Mehrwert für die Gesellschaft das Vergabekriterium sein. Daher fordern sie die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der nächsten EU-Agrarreform einen effektiveren Mechanismus für die Umverteilung von Beihilfen einzuführen, um der Konzentration von Agrarland entgegenzuwirken.

Um dieses Ziel zu erreichen, sei es auch erforderlich, dass die Mitgliedstaaten Preise bei Pachtverträgen kontrollieren und gegebenenfalls sanktionieren. Zudem seien die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern des Ausschusses für Welt- ernährungssicherheit umzusetzen sowie JunglandwirtInnen und NeueinsteigerInnen in die Landwirtschaft intensiver zu unterstützen. [mbu]

- Kommentar Maria Noichl, Abgeordnete des EU-Parlaments: www.maria-noichl.eu/news/jagd-auf-agrarland-beenden

EU-Agrarreform

LivingLand: Positive Bilanz

■ 258.708 Bürgerinnen und Bürger und über 600 Organisationen und Unternehmen haben sich für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik eingesetzt. Sie haben über die EU-weite LivingLand-Kampagne an der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 teilgenommen und somit ihre Forderungen an die EU früh in den Reformprozess eingebracht: für faire, ökologisch nachhaltige, gesunde und global verantwortungsvolle Landwirtschaft.

BUND, NABU, der Umweldachverband DNR und der WWF Deutschland zeigten sich angesichts der hohen Beteiligung zufrieden. Kai Niebert, Präsident des DNR, bestätigte: „Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Immer mehr Menschen machen sich Gedanken um eine zukunftsfähige Landwirtschaft, denn Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik. Nun liegt es an der EU-Kommission, dem Aufruf der Bevölkerung zu folgen und einen ambitionierten Reformvorschlag vorzulegen.“

Am 7. Juli will die EU-Kommission die Ergebnisse der Konsultation präsentieren. Ein Reformvorschlag für die GAP nach 2020 wird Ende des Jahres erwartet. [lr]

- Mitteilung der Umweltorganisationen: www.dnr.de/presse/pm-2017/250000-stimmen-fuer-lebendige-landwirtschaft

Monsanto-Tribunal

Konzern bricht Umweltrecht

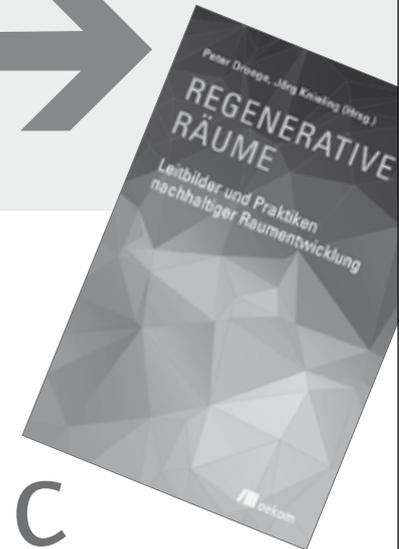
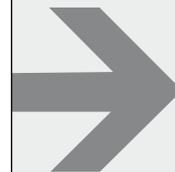
■ Im April haben die fünf RichterInnen des Monsanto-Tribunals ihre Gutachten verkündet. Sie kommen einstimmig zum Schluss, dass die Praktiken von Monsanto die Rechte auf Nahrung, Gesundheit und eine intakte Umwelt verletzen.

Zudem beeinträchtigt Monsanto's Verhalten die Freiheit der Wissenschaft, die Voraussetzung für eine unabhängige Forschung ist. Auch das internationale Recht müsse dringend weiterentwickelt werden, schlussfolgern die RichterInnen. So bestehe trotz zahlreicher vorhandener Rechtsmittel im Umweltschutz eine große Lücke zwischen den Verpflichtungserklärungen von Unternehmen und der tatsächlichen Umsetzung. Die Umwelt müsse im internationalen Recht besser geschützt und Ökozid als Verbrechen im internationalen Strafrecht verankert werden. Wäre dies der Fall, würden wahrscheinlich weltweit viele Aktivitäten Monsanto's diesen Tatbestand erfüllen, so die RichterInnen.

Schließlich verweisen sie auf die größer werdende Kluft zwischen universalen Menschenrechten und Firmenverantwortlichkeit. Sie empfehlen den Vereinten Na-

Nachhaltigkeit

A-Z



C wie Chancen

Erderwärmung, Artensterben, Energiekrisen und globale Migrationsbewegungen stellen die Stadtplanung und die Regionalentwicklung vor anspruchsvolle Herausforderungen. In diesem Band zeigen zwanzig junge Forscherinnen und Forscher die Chancen nachhaltiger Raumentwicklung anhand konkreter Projekte und Beispiele auf. Sie stützen sich dabei auf die große Tradition einer demokratischen Stadt- und Regionalplanung, die von den Idealen und Werten der Emanzipation, Regeneration, Resilienz und Suffizienz geleitet ist.

P. Droege, J. Knieling (Hrsg.)
Regenerative Räume
 Leitbilder und Praktiken nachhaltiger Raumentwicklung
 392 Seiten, broschiert mit zahlreichen Abb.,
 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-834-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft

tionen, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Rechte der Menschen und der Umwelt nicht durch Freihandelsverträge außer Kraft gesetzt werden. Klagen gegen Unternehmen sollten vor dem Internationalen Strafgerichtshof möglich gemacht werden.

Mitte Oktober 2016 hatte in Den Haag das sogenannte Monsanto-Tribunal stattgefunden. Dort wurde dem US-amerikanischen Saatgut- und Pestizidunternehmen symbolisch der Prozess gemacht. [mbu]

- ▶ Zusammenfassung Rechtsgutachten: www.monsanto-tribunal.org/upload/asset_cache/371657163.pdf
- ▶ Vollständiges Gutachten: www.monsanto-tribunal.org/upload/asset_cache/189791450.pdf

Konzernkonzentration

Kontrolle erforderlich

■ Ein Bündnis aus 20 umwelt-, entwicklungs- und agrarpolitischen NGOs hat strengere Regeln für Unternehmensfusionen und weitere Maßnahmen gefordert, um die Macht von Konzernen zu begrenzen.

Dazu stellten die Organisationen am Dienstag ihren Bericht „Fusion von Bayer und Monsanto – Streitschrift gegen die Ohnmacht der Wettbewerbskontrolle“ vor, in der sie zahlreiche Konzernzusammenschlüsse kritisieren und eine schärfere Fusionskontrolle fordern.

Ende März und Anfang April hatte die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager grünes Licht für die Fusionen von ChemChina und Syngenta sowie Dow und Dupont gegeben. Die umstrittene Übernahme des Gentechnikkonzerns Monsanto durch die Bayer AG könnte ebenfalls bald genehmigt werden.

„Diese Fusionswelle zeigt: Wir kommen an der Frage nach der Kontrolle der Konzernmacht nicht vorbei“, sagte Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung. „Die Megafusionen führen zu einer unerträglichen Marktmacht der drei neuen Riesen, die weltweit kleinere Züchter verdrängen, Artenvielfalt zerstören, Druck auf politische Entscheider entfalten und

mittels Patenten Bäuerinnen und Bauern in Abhängigkeit bringen. Wozu haben wir eigentlich Kartellämter, wenn praktisch jede Fusion durchgewinkt wird?“

Nach Recherchen des Bündnisses hat sich seit den 1970er-Jahren die Zahl der jährlichen Fusionsanmeldungen verdoppelt und das Volumen der einzelnen Fusionen deutlich vergrößert. Während die oberen zehn Prozent der größten Unternehmen 1990 eine doppelt so hohe Rendite erzielt hätten wie die mittelgroßen Firmen derselben Branche, liege sie heute fünfmal so hoch. Von über 300 Fusionsanträgen 2015 habe die EU keinen zurückgewiesen. Auch das Bundeskartellamt habe seit 1990 nur einen Bruchteil der jährlich bis zu 4.000 angemeldeten Fusionen gestoppt.

Jutta Sundermann von der Aktion Agrar forderte, dass Wettbewerbspolitik auch auf globaler Ebene koordiniert werden müsse: „Bis heute passiert die Fusionskontrolle auf nationaler Ebene oder in eng kooperierenden Wirtschaftsräumen wie der EU. Die Auswirkungen beispielsweise der Fusion von Bayer und Monsanto auf die Länder des globalen Südens gelangen erst gar nicht auf die Tagesordnung der Wettbewerbskommissarin. Das muss sich ändern.“ [mbu]

- ▶ Broschüre „Fusion von Bayer und Monsanto – Streitschrift gegen die Ohnmacht der Wettbewerbskontrolle“: www.kurzlink.de/aktagr-ar-baymon04.17

Pestizide

Bionahrung fast ohne Spuren von Ackergift

■ Einem Bericht der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA zufolge enthalten EU-weit ökologisch erzeugte Lebensmittel weniger Pestizidrückstände als herkömmliche.

Proben von Bioprodukten waren im Jahr 2015 demnach zu 99,3 Prozent rückstandsfrei oder lagen unterhalb der gesetzlich erlaubten Grenzwerte. In fast der Hälfte der getesteten konventionellen Waren wurden Verunreinigungen mit Pflanzenschutzmitteln festgestellt. Insgesamt lagen

davon allerdings nur fast drei Prozent über dem gesetzlichen Höchstwert.

2015 analysierten die Berichtsländer gut 84.000 Proben, darunter mehr als 5.000 Bioprodukte, auf 774 Pestizide. Weit mehr als zwei Drittel der Proben stammten aus den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen. Gut ein Viertel betraf Erzeugnisse, die aus Drittländern eingeführt worden waren. Über die Herkunft der übrigen Proben gab es keine Angaben.

Für den Bericht wertete die EFSA die Ergebnisse des EU-koordinierten Kontrollprogramms (EUCP) aus, in dessen Rahmen Proben aus dem gleichen „Korb“ von Lebensmitteln analysiert werden. 2015 waren dies Auberginen, Bananen, Brokkoli, natives Olivenöl, Orangensaft, Erbsen, Paprika, Tafeltrauben, Weizen, Butter und Eier.

Die höchste Überschreitungsrate wurde für Brokkoli (3,4 Prozent der Proben), gefolgt von Tafeltrauben (1,7 Prozent), ermittelt. Bei Olivenöl, Orangensaft und Hühnereiern wurden kaum Überschreitungen nachgewiesen. Butter war restlos rückstandsfrei.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kam die EFSA zum Schluss, dass das gesundheitliche Risiko durch den Verzehr der geprüften Produkte für VerbraucherInnen gering war. [mbu]

- ▶ EFSA-Bericht Pestizidrückstände in Lebensmitteln: www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/4791

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Naturschutz

Aktionsplan veröffentlicht

■ Die Europäische Kommission hat Ende April den Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft veröffentlicht. 15 Maßnahmen sollen dabei helfen, die EU-Naturschutzrichtlinien zum Vogelschutz und Fauna-, Flora- und Habitatschutz besser umzusetzen. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf vier Schwerpunktbereiche:

- ▶ Verbesserung von Leitlinien und Wis-

sen sowie der Vereinbarkeit mit allgemeineren sozioökonomischen Zielen;

- ▶ Übernahme politischer Eigenverantwortung und Verbesserung der Rechteinhaltung;
- ▶ Förderung von Investitionen in Natura 2000-Projekte und Verbesserung der Verwendung der EU-Fördermittel;
- ▶ Bessere Kommunikation und Sensibilisierung, Einbindung von Bürgern, Interessenträgern und Regionen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte die Veröffentlichung des Aktionsplans, mahnte aber, dass der Plan allein wohl kaum ausreiche, das Ziel, bis 2020 den Verlust der Biodiversität zu halbieren, erreichbar zu machen. Mitgliedstaaten, lokale Behörden und GebietsmanagerInnen vor Ort müssten sich ebenfalls anstrengen. Darüber hinaus müsse es eine radikale Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik geben, um sicherzustellen, dass sie mit den EU-Naturschutzzielen vereinbar ist.

Der WWF kritisierte, dass nach wie vor viel zu wenig Geld für den EU-Naturschutz vorgesehen sei. Bisher flössen nur 20 Prozent der eigentlich benötigten Mittel in das Management des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000.

Friends of the Earth Europe (FoEE) nannte den Aktionsplan einen „kleinen Schritt in die richtige Richtung“, bewertete ihn aber als relativ zahnlos. Unter anderem müsse auch für die Bestäuberinsekten mehr getan werden. [jg]

- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: IP/17/1112)
- ▶ EEB: www.eeb.org/index.cfm/news-events (27.04.2017)
- ▶ WWF: www.kurzlink.de/wwf-2017-04-27
- ▶ FoEE: www.foeeurope.org/news/all (27.04.2017)

Waldpolitik international

UN-Waldstrategie beschlossen

■ Anfang Mai fand in New York das Forum der Vereinten Nationen für Wälder (UNFF 12) statt. Sowohl die EU als auch Deutschland waren beteiligt und unterstützten den ersten strategischen UN-Plan

für Wälder 2017–2030. Die EU-MinisterInnen hatten Ende April die Bedeutung des Plans und das damit verbundene Vierjahresarbeitsprogramm für die Europäische Union unterstrichen. Die EU will sich verpflichten, die Umsetzung der globalen Waldfragen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene zu verbessern.

Die deutsche Bundesregierung will den UN-Plan ebenfalls unterstützen und nennt die Beschlüsse „eine bedeutende Richtungsentscheidung aus deutscher Sicht“. Aktivitäten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), die Initiativen des Bundesumweltministeriums (BMUB) und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sollen dabei ineinandergreifen. Der Strategische Plan soll zu den bereits vereinbarten internationalen Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und Klimaschutzzielen beitragen. [jg]

- ▶ EU-Rat: www.kurzlink.de/eu-rat-2017-04-25
- ▶ UNFF12: www.un.org/esa/forests/
- ▶ www.bmub.bund.de (Presse - Nr. 134/17)

Naturschutzgelder

„Eklatant unterfinanziert“

■ Ein wirksamer Naturschutz ist in Deutschland und Europa derzeit „eklatant unterfinanziert“. Deshalb fordern der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und der Wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik (WBW) in einer Stellungnahme von Ende April mehr Geld und plädieren für einen eigenständigen und bedarfsgerechten europäischen Naturschutzfonds.

Ein festes EU-Budget für Naturschutz existiert zurzeit nicht, Maßnahmen werden überwiegend aus Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik finanziert. Diese Gelder reichten aber noch nicht einmal aus, um die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen umzusetzen, kritisieren die beteiligten WissenschaftlerInnen in ihrer Stellungnahme.

Die Gelder für die bedarfsorientierte Ausstattung eines zu schaffenden EU-Naturschutzfonds sollten aus den Mitteln

der Gemeinsamen Agrarpolitik stammen. Land- und Forstwirte würden auch zukünftig EU-Fördergelder erhalten, allerdings sollten sie konkrete Leistungen zur Erhaltung der Arten und Lebensräume erbringen. „In der nächsten Förderperiode ab 2021 sollte endlich der Leitsatz ‚Öffentliche Gelder für öffentliche Güter‘ umgesetzt werden“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des SRU Manfred Niekisch.

Die Umweltverbände NABU, BUND, Deutscher Naturschutzring (DNR) und WWF und der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) hatten bereits im letzten Jahr einen EU-Naturschutzfonds gefordert (umwelt aktuell 11.2016, S. 18): In der nächsten EU-Haushaltsperiode von 2021 bis 2027 müsse die EU neue Wege gehen und jährlich mindestens 12 bis 15 Milliarden Euro für den Naturschutz bereitstellen. [jg]

- ▶ SRU/WBW-Stellungnahme: www.kurzlink.de/sru-wbw-2017-04

LIFE-Programm

Fördermittelauftrag für NGOs

■ Für die Förderjahre 2018 und 2019 können wieder Anträge an die EU-Kommission eingereicht werden. Die Einreichfristen liegen im September. Das LIFE-Naturschutzprogramm fördert sowohl Projekte als auch private, öffentliche, profit- und nicht profitorientierte Institutionen, die sich für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einsetzen. Diese können aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten stammen, aber auch darüber hinaus (Island, Liechtenstein und Norwegen sowie Kandidaten- und Drittländer). Seit 1992 wurden europaweit knapp 4.500 Projekte gefördert.

Darüber hinaus gibt es für vorbereitende Maßnahmen zur Projektplanung für LIFE-Projekte ebenfalls Gelder, die im Europäischen Solidaritätskorps beantragt werden können. Nähere Informationen stehen im Aufruf 2017. [jg]

- ▶ Aufruf 2017: www.ec.europa.eu/environment/life/funding/life2017/index.htm

Statistik

EU-Schutzgebiete wachsen

■ Fast ein Fünftel der Fläche der Europäischen Union stand 2015 im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie unter Schutz. Das hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) in Luxemburg Ende April ermittelt. In Zahlen ausgedrückt sind das 788.000 Quadratkilometer, etwa 18 Prozent der EU-Fläche. Innerhalb der fünf Jahre nach der letzten Berechnung 2010 sind das vier Prozent mehr. Den größten Anteil von Schutzgebieten gemessen an der Gesamtfläche hatten Slowenien (8.000 Quadratkilometer oder 38 Prozent) und Kroatien (21.000 Quadratkilometer oder 37 Prozent). Deutschland lag mit 15 Prozent noch unter dem Gesamtdurchschnitt der EU. Schlusslicht ist Dänemark mit 3.600 Quadratkilometern oder acht Prozent der Landesfläche. [jg]

► www.kurzlink.de/eurostat-17-04

Bodenschutz/Kreislaufwirtschaft

Neues Verwertungssystem

■ Das Bundeskabinett hat Anfang Mai den Entwurf der Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz beschlossen. Es geht um Vorsorge vor schädlichen Bodenveränderungen. Das vorgeschlagene Verordnungspaket soll bundeseinheitliche und rechtsverbindliche Grundlagen für das Recycling mineralischer Abfälle und deren Einsatz in technischen Bauwerken schaffen. Umweltstandards für die Verfüllung von Abgrabungen und Tagebauen würden ebenfalls bundesweit geregelt und damit laut Bundesumweltministerium „ein hohes Schutzniveau für Mensch, Boden und Grundwasser“ festgeschrieben.

Die Mantelverordnung enthält erstens die neu geschaffene Ersatzbaustoffverordnung. Sie regelt die Herstellung von mineralischen Ersatzbaustoffen aus Bau- und Abbruchabfällen, Schlacken aus der Metallerzeugung und Aschen aus thermischen Prozessen im Hinblick auf die Wahrung der Belange des Boden- und Grundwasserschutzes.

Zweitens wird mit der Mantelverordnung die Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung umfassend novelliert. Hier wird unter anderem neu eingeführt, dass bei größeren Vorhaben bodenkundliche Baubegleitungen angeordnet werden können. Der Verordnungsentwurf muss noch vom Bundestag und dem Bundesrat bestätigt werden. [jg]

- www.bmub.bund.de (Presse - Nr. 140/17)
- www.bmub.bund.de/faq-mantelverordnung
- Hintergrundartikel in Der Umweltbeauftragte: www.kurzlink.de/ub-2017-05

Bundesnaturschutzgesetz

Kritik an Novelle bleibt

■ Mitte Mai haben bei einer Anhörung im Bundestag mehrere ExpertInnen zentrale Punkte der Bundesnaturschutznovelle kritisiert. Besonders skeptisch wird die Regelung gesehen, dass das Umweltressort im Meeresschutz Einvernehmen mit anderen Ressorts erreichen muss, sodass Wirtschafts-, Verkehr-, Agrar- und Forschungsressort quasi ein Vetorecht erhalten würden. Das wird aus behördlicher, rechtlicher und naturschutzfachlicher Sicht kritisiert. Umweltverbände äußern seit Bekanntwerden dieser Regelung Kritik. Ob dieser Punkt noch geändert wird, hängt davon ab, ob SPD- und CDU/CSU-Fraktion einen gemeinsamen Änderungsantrag einreichen oder nicht. Das Plenum stimmt voraussichtlich im Juni über die Gesetzesnovelle ab. [jg]

► www.kurzlink.de/hib-315-2017

Artenschutz

Jagdtrophäen verbieten

■ Ein Verbändebündnis hat Mitte Mai eine Petition mit 189.000 Unterschriften für ein Importverbot von Jagdtrophäen gefährdeter Arten an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks übergeben.

Der DNR, der Deutsche Tierschutzbund, der IFAW, der NABU, Pro Wildlife,

Rettet den Regenwald, Rettet die Elefanten Afrikas und Vier Pfoten fordern, dass sich Deutschland auch auf EU-Ebene für ein Importverbot einsetzt. Deutschland ist gemeinsam mit Spanien nach den USA der größte Importeur von Jagdtrophäen bedrohter Arten. Zwischen 2004 und 2014 seien 9.638 Trophäen gefährdeter Tierarten eingeführt worden. Darunter waren Arten wie Bergzebras, Leoparden, Schwarz- und Grizzlybären, Löwen und Elefanten. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) nutze seinen Spielraum nicht, um die Einfuhr zu untersagen, monierten die Verbände. Laut einer Umfrage des Forschungsinstituts Kantar TNS sind 86 Prozent der Bevölkerung gegen die Hobbyjagd auf gefährdete Arten. Die Verbände betonen, dass die Jagd kein Beitrag zum Artenschutz sei und auch der Bevölkerung vor Ort nicht helfe. Profiteuren würden vor allem ausländische Jagdreiseanbieter und Großgrundbesitzer. [jg]

► www.dnr.de/presse/pm-2017/importverbot-fuer-jagdtrophaeen-gefaehrder-arten-gefordert

Bestäuberinsekten

Bienenaktionsplan nötig

■ Der BUND hat zusammen mit der Aurelia Stiftung Eckpunkte für einen umfassenden Bienenschutz erarbeitet. Ende April forderten sie die Bundesregierung auf, einen nationalen Bienenaktionsplan zu verabschieden. Der Plan müsse Maßnahmen zum Schutz der Bienen vor Pestiziden, zur Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher Lebensräume, zur Umgestaltung der Landwirtschaft sowie zur Bildungs- und Forschungsförderung enthalten.

In diesem Frühjahr sind ungewöhnlich hohe Bienenvölkerverluste gemeldet worden. Bis zu 50 Prozent ihrer Bienen haben einige Imker im vergangenen Winter verloren. Darüber hinaus ist in Europa mittlerweile fast jede zehnte Wildbienenart vom Aussterben bedroht. Und nicht nur die Arten würden weniger, auch die Populationen insgesamt schrumpften, mahnt der BUND. [jg]

► www.bund.net/bienenaktionsplan

TIERSCHUTZ & ETHIK

Nutztierhaltung

Mehr Spielraum im Schweinestall?

■ Mit einem gesetzlich geregelten Siegel will Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vor allem mehr Platz in Ställen schaffen. Sein Plan sieht zwei Stufen beim sogenannten Tierwohllabel für Fleisch vor: eine Einstiegsstufe und eine Premiumstufe mit strengeren Kriterien. Das Siegel in der Einstiegsstufe sollen Landwirte erhalten, die ihren Tieren je nach Gewicht bis zu 33 Prozent mehr Fläche zur Verfügung stellen. Beispielsweise könnte sich ein 100 Kilogramm schweres Schwein dann auf einem Quadratmeter „austoben“. Für die Premiumstufe sind 70 bis 100 Prozent mehr Platz erforderlich und teilweise Auslauf im Freien.

Auch die Haltung von Sauen in sogenannten Kastenständen soll nach dem Vorschlag von Schmidt eingeschränkt, aber nicht abgeschafft werden. In solchen Käfigen aus Metall ist es so eng, dass sich die Tiere kaum hinlegen können.

Dies kritisieren Tierschutzverbände wie Vier Pfoten oder Pro Vieh, die im April die

Label-Arbeitsgruppe des Landwirtschaftsministers verlassen haben. Der Deutsche Tierschutzbund kann nach eigenen Angabe derzeit das Siegel nicht unterstützen. Nach der Veröffentlichung der ersten Kriterien des Tierwohllabels blieben mehr Fragen als Antworten. [mbu]

- ▶ www.bmel.de/DE/Tier/Tierwohl/_texte/Tierwohllabel-Vorstellung-IGW
- ▶ www.tierschutzbund.de
- ▶ www.vier-pfoten.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Eurobarometer

Mehr EU beim Umweltschutz

■ Einer aktuellen Umfrage des Eurobarometers zufolge sprechen sich drei Viertel aller EuropäerInnen für eine aktivere Rolle der Europäischen Union im Umweltschutz aus. Auch bei der Energieversorgung und -sicherheit sowie in der Landwirtschaft verlangen die BürgerInnen ein stärkeres Vorgehen der EU. Immerhin 53 Prozent der Befragten beurteilen das umweltpolitische Handeln der EU als unzureichend.

Darüber hinaus gibt es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: Menschen in Schweden, Spanien und Frankreich mönieren überdurchschnittlich häufig, dass die EU zu wenig für den Umweltschutz tue. Dagegen lehnen überdurchschnittlich viele Menschen in Polen, Lettland und Estland ein stärkeres Eingreifen der EU ab. Deutschland liegt jeweils knapp unter dem EU-Mittelwert.

Insgesamt sind die Zustimmungswerte zur Europäischen Union im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Laut Umfrageergebnissen, die Ende April veröffentlicht worden sind, findet eine Mehrheit von 57 Prozent der EU-BürgerInnen es gut, Mitglied der EU zu sein. In Deutschland liegt die Zustimmung mit 79 Prozent deutlich höher. [aw]

- ▶ Gesamtbericht (engl.): www.kurzlink.de/eurobarometer-0417

Transparenz

Europäische Agenturen auf dem Prüfstand

■ Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben im April eine Reihe von Entschlüssen über die Arbeitsweise europäi-

Wo steht die Wirtschaft?

Die Energiewende macht es vor, doch wie steht es um die Zukunftsfähigkeit in anderen Branchen? Expertinnen und Experten unterziehen Mobilität, Wohnen, Energie- und Agrarwirtschaft, Stahl- und Finanzbranche, Chemieindustrie und Maschinenbau einem Zukunfts-Check.

Heinrich-Böll-Stiftung
Wirtschaft im Zukunfts-Check
So gelingt die grüne Transformation



oekom verlag, München
240 Seiten, Broschur
19,95 Euro
ISBN: 978-3-96006-008-6
Im Handel ab dem: 04.05.2017
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



scher Agenturen verabschiedet. Im Zuge der Entlastung für das Haushaltsjahr 2015 befassten sie sich mit Agentur-Leitlinien, die Transparenz stärken und Interessenkonflikte verhindern sollen.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) kam bei der Bewertung besonders schlecht weg, da es keine zweijährige Karenzzeit für ehemalige MitarbeiterInnen gibt. Damit bestehen erhebliche Zweifel an der Unabhängigkeit der Agentur. Hinzu komme, dass die Strategie zur Verhütung und Bewältigung von Interessenkonflikten nicht auf Zeitarbeitskräfte angewandt werde. Für Juni wird ein Entwurf zur Revision der EFSA-Leitlinien erwartet. Die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) unterstützte den Vorstoß des EU-Parlaments und verlangte, endlich und dauerhaft die Verbindungen zwischen EFSA und Lebensmittelindustrie zu kappen.

Neben der EFSA geriet auch die europäische Umweltagentur (EEA) in die Kritik. Zum einen seien die „Mitglieder des Verwaltungsrats der Agentur nicht verpflichtet, ihre Lebensläufe und Interessenerklärungen zu veröffentlichen“. Zum anderen habe die Agentur „keine konkreten Initiativen ergriffen, um Transparenz in Bezug auf ihre Kontakte zu Lobbyisten zu schaffen oder zu erhöhen“. [aw]

- ▶ EEA: www.kurzlink.de/eea-resolution270417
- ▶ EFSA: www.kurzlink.de/efsa-resolution-0417
- ▶ Reaktion CEO: www.kurzlink.de/ceo-efsa-270417

Umweltverträglichkeit

Hamburger Kraftwerk nicht rechtskonform

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil Ende April festgestellt, dass die Stadt Hamburg die Errichtung des Kohlekraftwerks in Moorburg ohne ausreichende vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt hat. Damit hat Deutschland gegen die Fauna-Flora-Habitat-(FFH)-Richtlinie verstoßen. Geklagt hatte die EU-Kommission.

Die Stadt Hamburg war davon ausgegangen, dass mit dem Kraftwerk Moorburg keine erhebliche Beeinträchtigung stromaufwärts gelegener Natura-2000-Gebiete verbunden wäre. Allerdings wurden durch die Kühlwasserentnahme auf Höhe des Kraftwerks Moorburg zahlreiche in Anhang II der FFH-Richtlinie aufgeführte Fische getötet, hatte die EU-Kommission bemängelt. Außerdem seien kumulative Wirkungen durch die nahe gelegene Pumpstation in Geesthacht nicht ausreichend berücksichtigt worden, urteilten die EuGH-RichterInnen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht nach dem Urteil den Weiterbetrieb des Kraftwerks infrage gestellt, zumal es umweltfreundlichere Arten der Energiegewinnung gebe. [jg]

- ▶ EuGH-Urteil: www.kurzlink.de/eugh-moorburg-0417
- ▶ Reaktion BBU: www.kurzlink.de/bbu-moorburg-04.17

Aarhus-Konvention

Reaktionen auf mangelhaftes Klagerecht

■ Die EU-Kommission hat Ende April Leitlinien veröffentlicht, die es Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen erleichtern sollen, in Umweltbelangen vor nationalen Gerichten zu klagen. Mit diesem Leitfadensollen zudem die nationalen Behörden auf mögliche Mängel in ihren Justizsystemen aufmerksam gemacht werden. Unternehmen sollen mehr Klarheit darüber erhalten, um welche EU-weit geltenden Rechte und Pflichten es bei den für sie relevanten Entscheidungen geht. Die Leitlinien beziehen sich ausschließlich auf Behörden der Mitgliedstaaten. EU-Institutionen fallen nicht darunter.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und die Umweltrightsanwälte von ClientEarth haben im Namen der zehn großen europäischen Umweltschutzorganisationen die UmweltministerInnen der EU-Mitgliedstaaten in einem Brief dazu auf-

gefordert, für die Einhaltung der Aarhus-Konvention durch die EU zu sorgen.

Ein Überprüfungsausschuss der Vereinten Nationen (UN) kam im März zu dem Ergebnis, dass die EU ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht ausreichend nachkomme. Umweltverbände seien in ihrem Klagerecht im Vergleich zu Staaten und Unternehmen stark eingeschränkt. [aw]

- ▶ Leitlinien (engl.): www.ec.europa.eu/environment/aarhus/pdf/notice_accesstojustice.pdf
- ▶ Brief (engl.): www.kurzlink.de/green10-letter-0417

Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz

Novelle holpert auf den Weg

■ Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben Ende April eine Novellierung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf reagiert die Bundesrepublik Deutschland auf die Kritik von internationaler und EU-Seite, das Land komme seinen Verpflichtungen der Aarhus-Konvention nicht ausreichend nach.

Das neue Gesetz soll laut Bundesumweltministerium (BMUB) Behörden, BürgerInnen sowie Umweltverbänden mehr Rechtssicherheit verschaffen, welche staatlichen Entscheidungen in welcher Form und in welcher Frist gerichtlich überprüfbar sind. Künftig sollen Umweltverbände bei mehr Entscheidungen als bisher die Verletzung umweltbezogener Vorschriften geltend machen.

Die Novelle kommt aus Sicht deutscher Umweltverbände reichlich spät. Sie fordern seit Langem eine Überarbeitung der Regelungen. Der Deutsche Naturschutzring, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der Naturschutzbund Deutschland und die Deutsche Umwelthilfe hatten zuletzt im Februar dieses Jahres verlangt, den Entwurf unverzüglich zu verabschieden.

Der Bundesrat muss dem Gesetzesvorschlag noch zustimmen. [aw]

- ▶ BMUB: www.bmub.bund.de/pressemitteilung/mehr-klagerechte-fuer-umweltverbaende
- ▶ Umweltverbände:
www.kurzlink.de/pm-umweltklagerecht

Gerichtsurteil

Umweltverbände müssen beteiligt werden

■ Das Verwaltungsgericht Magdeburg hat in einem vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) angestrebten Verfahren festgestellt, dass das Landesverwaltungsamt Umweltverbände wie den NABU vor der Erteilung der Genehmigung für ein Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in Sachsen-Anhalt hätte einbeziehen müssen. Obwohl die Richter die Klage aus formellen Gründen ablehnten, stärkten sie aus Sicht des NABU Sachsen-Anhalt die Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden.

Da es sich um eine bundesweit geltende Vorschrift handelt, müssen laut NABU in Zukunft sowohl die Behörden als auch die Bundeswehr Umweltverbände direkt beteiligen, und zwar noch bevor die Genehmigung für militärische Bauprojekte erteilt wird. [aw]

- ▶ NABU: www.kurzlink.de/klage-buwehr-050517

Umweltbewusstsein in Deutschland

In den Köpfen etabliert

■ Laut einer repräsentativen Umfrage von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt sind sowohl Umwelt- und Klimaschutz als auch Nachhaltigkeit fest verankert im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung. Für jede und jeden Fünften zählen Umwelt- und Klimaschutz zu den derzeit wichtigsten Problemen, nach Migration und Sicherheit.

Insbesondere globale Umweltrisiken, die die natürlichen Lebensgrundlagen bedrohen, werden sehr ernst genommen. Mehr als 90 Prozent der Befragten bewerten Plastikmüll in den Weltmeeren sowie

die Abholzung von Wäldern als enormes Risiko. Drei Viertel der Befragten findet, dass die energie-, ressourcen- und abfallintensive Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend umgestaltet werden sollte. Lediglich ein Drittel ist der Meinung, dass die Bundesregierung genug für den Umwelt- und Klimaschutz tue. Noch geringer fällt die Zustimmung für Maßnahmen der Industrie aus.

Ferner will die große Mehrheit der Befragten nicht mehr so stark auf das Auto angewiesen sein. 79 Prozent der Umfrageteilnehmenden unterstützt eine Stadtentwicklung, die die Alternativen zum Auto stärkt, wie Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr. [aw]

- ▶ Vollständiger Bericht:
www.kurzlink.de/umweltbewusst-2016

Saarland

Koalitionsvertrag steht

■ Ende April haben sich CDU und SPD im Saarland auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, mit dem die Große Koalition bis 2022 fortgesetzt werden soll. Ministerpräsidentin bleibt Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz ergibt sich ein gemischtes Bild.

Im Bereich der Energiepolitik erklären die Koalitionspartner, den Energieverbrauch deutlich reduzieren sowie den Anteil der erneuerbaren Energien auf mindestens 20 Prozent bis 2020 steigern zu wollen. Allerdings wird Kohle als Brückentechnologie auf dem Weg zur Dekarbonisierung betrachtet. CDU und SPD sprechen sich gegen Atomenergie und für die Stilllegung des grenznahen französischen Reaktors Cattenom aus.

Auf dem Gebiet der Verkehrspolitik bekennen sich beide Parteien zum Ausbau der Elektromobilität. Die deutsche Pkw-Maut wird abgelehnt, vorrangig aus Angst vor negativen Auswirkungen auf den Grenzverkehr. Dem Umwelt- und Klimaschutz steht die Bewertung entgegen, die Dieselmotorentechnologie sei ein „wichtiger Faktor für umweltfreundliche Mobilität“.

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kleidung

Schlechte Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, Ressourcenverschwendung durch »Fast Fashion« – Modekonsumenten fragen immer öfter nach der Verantwortung der Hersteller. Doch kommt deren Corporate Social Responsibility beim Kunden an? Welche Siegel sind verbreitet und werden positiv wahrgenommen? Einblicke in die Vorstellungen der Käufer und die Antworten großer Bekleidungsproduzenten wie Trigema, Hessnatur oder Vaude liefert dieses Buch.

N. Franken
Corporate Responsibility in the clothing industry

From a consumer's perspective
124 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,
ISBN 978-3-96006-003-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

Im Umwelt- und Naturschutz sollen Strategien zu Nachhaltigkeit und Biodiversität weiterentwickelt werden. Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verringerung, zum Beispiel die Einführung des Kaffee-Mehrwegbechers, sollen ausgebaut werden. Damit einhergehen sollen Maßnahmen zur Umweltbildung. Außerdem soll auf einem Viertel aller landwirtschaftlichen Flächen im Saarland bis 2022 Ökolandbau betrieben werden. Der Einsatz von genetisch veränderten Organismen bleibt verboten. Es bleibt zu hoffen, dass den Worten im Sinne eines nachhaltigen Klima-, Umwelt- und Naturschutzes Taten folgen. [aw]

- ▶ Koalitionsvertrag:
www.spd-saar.de/wp-content/uploads/2016/08/Koalitionsvertrag_CDU_SPD_2017-2022.pdf

VERKEHR & TOURISMUS

EU-Typgenehmigung

Bundesregierung bremst strengere Autotests aus

■ Nach Informationen der europäischen Umweltschutzorganisation Transport & Environment (T&E) versuchen mehrere EU-Mitgliedstaaten, auch Deutschland, strengere Autotestverfahren zu blockieren.

Interne Dokumente des Ministerrats, in die T&E Einblick hatte, legen nahe: Die Regierungen der Autobauernationen Spanien, Italien und Deutschland lehnen einen Vorschlag der EU-Kommission ab, wonach das Prüfverfahren für Neufahrzeuge verschärft werden soll, bevor diese auf dem europäischen Binnenmarkt zugelassen werden dürfen. Vorrangig soll die Einhaltung von Grenzwerten klima- und gesundheitsschädlicher Schadstoffe wie Stickoxiden und Feinstaub besser kontrolliert werden. Gemeinsam mit Polen, Tschechien und Bulgarien machen die drei Länder im Ministerrat auch Front gegen striktere Kontrollen durch nationale Aufsichtsbehörden sowie gegen stich-

probenartige Nachprüfungen von bereits zugelassenen Neuwagen.

Derzeit wird im Ministerrat kontrovers über eine gemeinsame Position verhandelt. Nach Informationen des europäischen Umweltnachrichtendienstes ENDS ist der größte Streitpunkt, ob die EU-Kommission Geldstrafen gegen Automobilhersteller verhängen darf. Die maltesische Ratspräsidentschaft will Ende Mai eine Einigung erzielen (nach Redaktionsschluss). [aw]

- ▶ Meldung von T&E:
www.kurzlink.de/te-autotest-25-04-17
- ▶ ENDS (kostenpflichtig): www.endseurope.com/article/49108/countries-inch-towards-car-approval-agreement

Umweltverträgliche Mobilität

Emissionen müssen runter

■ Der Berichterstatter des Verkehrsausschusses im EU-Parlament Bas Eickhout (Grüne/EFA, Niederlande) fordert die EU auf, bis 2025 eine EU-weite Quote für Elektroautos von mindestens 25 Prozent einzuführen. In seinem Berichtsentwurf über eine Strategie für emissionsarme Mobilität spricht er sich auch für strengere CO₂-Grenzwerte für Pkws, Vans und Lkws aus. Im Güterverkehr sollen bis 2030 mindestens 30 Prozent der Fracht auf der Schiene oder auf nachhaltig genutzten Wasserwegen transportiert werden, bis 2050 soll der Anteil auf mindestens 50 Prozent gesteigert werden. Beim Flugverkehr erachtet er es als notwendig, endlich Kerosin und Flugtickets zu besteuern.

Eickhouts Forderungen stießen auf ein geteiltes Echo im Ausschuss, decken sich aber mit denen der Europäischen Umweltagentur (EEA): Der CO₂-Ausstoß von Neuwagen müsse erheblich gesenkt werden. Die Verkaufszahlen von 2016 zeigen, dass Dieselfahrzeuge einen Marktanteil von fast 50 Prozent einnahmen, gefolgt von Benzinern mit rund 47 Prozent. Hybrid- und Elektrofahrzeuge hatten mit 1,1 Prozent einen verschwindend geringen Marktanteil. Es bestehe enormer Handlungsbedarf.

Die EU-Kommission hatte im Juli 2016 die europäische Strategie für emissionsarme Mobilität veröffentlicht. Der Verkehrs- und der Umweltausschuss erarbeiten derzeit einen Initiativbericht, der voraussichtlich im September im EU-Parlament zur Abstimmung steht. [aw]

- ▶ Dossier: www.kurzlink.de/esflem-dossier
- ▶ EEA: www.eea.europa.eu/highlights/fuel-efficiency-improvements-of-new

Flugverkehr

Wenig klimafreundlich

■ Anfang Mai legte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt sein Luftverkehrskonzept für Deutschland vor. Fluggesellschaften sollen finanziell unterstützt und Flughäfen weiter ausgebaut werden. Ein generelles Nachtflugverbot lehnt Dobrindt ab. Umweltverbände kritisierten das Papier. Werner Reh vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nannte es „ein peinliches Dokument des Versagens und Verweigerens“. Für den ökologischen Verkehrsclub (VCD) ist es eine „Luftnummer, ökologisch und verkehrspolitisch fragwürdig“ und widerspricht den internationalen Klimaschutzziele.

Die VerkehrsministerInnenkonferenz (VMK) verlangte Ende April in Hamburg den verstärkten Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos und der Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs. Wegen der zu hohen Konzentration von Stickoxiden sollen Dieselfahrzeuge nachgerüstet werden. Gleichzeitig schränken die VerkehrsministerInnen ein: „Die Dieselseite bietet weiterhin erhebliche energetische, klimapolitische und wirtschaftliche Potenziale. Die Optimierung der Verbrennungsmotoren ist im Interesse der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes weiterhin nötig.“ Drittens müsse die Verlagerung von Gütern auf die Schiene gefördert werden. Infolgedessen dürfe der Einsatz von Lang-Lkws den Schienengüterverkehr nicht benachteiligen. Ein Fahrverbot überlanger Laster gibt es allerdings nicht in den Beschlüssen.

Mitte Mai hat der Bundesrat die Gesetzentwürfe sowohl für Parkprivilegien beim Carsharing als auch für ein Verbot lauter Güterzüge ab 2021 gebilligt. Für Carsharing-Fahrzeuge können Kommunen künftig separate Parkflächen ausweisen, die zudem gebührenfrei sind. Laute Güterwagen sollen generell verboten und nur in kurzfristig angemeldeten Ausnahmefällen durch Tempolimits leiser gemacht werden. [aw]

- ▶ www.kurzlink.de/bmvi-luftkonzept
- ▶ www.kurzlink.de/bund-luftkonz-030517
- ▶ www.kurzlink.de/vcd-luftkonz-040517
- ▶ www.kurzlink.de/vmk-beschluss-050517
- ▶ www.bundesrat.de/DE/plenum/plenum-kompakt/17/957/957-pk.html

Abgasskandal

War was?

■ Die deutschen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD haben im Mai ihren Entwurf des Abschlussberichts zur VW-Diesellaffäre veröffentlicht. Medienberichten zufolge heißt es darin, der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags habe „keine relevanten neuen Erkenntnisse zu Tage gefördert“. Er war demnach überflüssig.

Opposition und Umweltverbände übten harsche Kritik an dem Entwurf. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Oliver Krischer von den Grünen warf der Bundesregierung vor, sie mache sich zum „Schutzpatron der Autoindustrie“. Der ökologische Verkehrsclub (VCD) findet, diese Sichtweise auf den Abgasskandal habe fast schon Trumpsche Züge.

Derzeit erarbeiten die Ausschussmitglieder den Abschlussbericht. Die Veröffentlichung wird noch vor der Sommerpause erwartet. [aw]

- ▶ Spiegel Online: www.kurzlink.de/spon-abgasska-040517
- ▶ VCD: www.kurzlink.de/vcd-abgasska-050517

WASSER & MEERE

Gewässerschutz

Gericht stoppt Großprojekt an der Vjosa

■ Der albanische Verwaltungsgerichtshof in Tirana hat Anfang Mai den Bau des geplanten Wasserkraftwerks Pocem am letzten großen Wildfluss Europas,

der Vjosa, gestoppt. Die Begründung der Richter: Die Grundlagen für die Baugenehmigung des Staudamms, etwa die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und die Bürgerbeteiligung, seien äußerst mangelhaft und widersprüchlich albanischem Recht. Die albanische Regierung hatte ein türkisches Unternehmen mit dem Bau eines großen Staudammes beauftragt. Die Naturschutzorganisationen EcoAlbania, Riverwatch und EuroNatur hatten gemeinsam mit 38 betroffenen Anwohnern dagegen geklagt.

Ulrich Eichelmann von Riverwatch bezeichnete das Urteil als Etappensieg. Denn das albanische Umweltministerium und die türkische Baufirma können Berufung einlegen. Mit einer Entscheidung in zweiter Instanz wäre im September/Oktober 2017 zu rechnen. Die Vjosa ist eines der Schwerpunktgebiete der Kampagne Rettet das Blaue Herz Europas. Sie soll die wertvollsten Flüsse am Balkan schützen, wird von Riverwatch und EuroNatur koordiniert und gemeinsam mit Partnerorganisationen aus den Balkanländern durchgeführt. Viele der auf dem Balkan geplanten 2.700 Wasserkraftwerke widersprüchlich den nationalen und europäischen Gesetzen, kritisieren die Organisationen. [mbu]

- ▶ www.euronatur.org (Presse – Pressemitteilung 03.05.2017)

Alles digital und gut?

Für die Zukunft erwarten uns wahre Wunderdinge: Autopiloten ermöglichen unfallfreies Fahren, computergesteuerte Windparks die Energiewende. Das Buch unterzieht das Internet der Dinge einer Prüfung und geht der Frage nach, wie viel Macht wir der Technik zugestehen wollen.

Gerd Pfitzenmaier

Leben auf Autopilot Warum wir der Digitalisierung nicht blind vertrauen sollten



oekom verlag, München
240 Seiten, Klappenbroschur
12,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-813-3
Im Handel ab dem: 26.09.2016
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Fischereipolitik**Nordseepläne etwas weiter**

■ Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat Ende April seine Verhandlungsposition für den Mehrjahresplan für Grundfischbestände in der Nordsee festgelegt. Das Parlament wird voraussichtlich im Juni über seine Position abstimmen, sodass die interinstitutionellen Verhandlungen noch vor der Sommerpause beginnen könnten.

Der Plan ist die erste umfassende langfristige Strategie für die Nordsee und war im letzten August von der EU-Kommission vorgelegt worden (umwelt aktuell 10.2016, S. 27). Er soll eine Vielzahl von Fischbeständen und sowohl Fischereifahrzeuge als auch Interessengruppen umfassen. Eines der Ziele ist die Erreichung eines höchstmöglichen Dauerertrages für die Fischereiwirtschaft bei gleichzeitig gutem Zustand der Fischbestände. [jg]

► www.kurzlink.de/fischereirat-170425

Tiefseeschutz**Keine Schleppnetze in 800 Meter Tiefe**

■ In einem offenen Brief an den zuständigen EU-Kommissar Karmenu Vella haben Umwelt- und Meeresschutzorganisationen Ende April die effektive Umsetzung der im Januar 2017 in Kraft getretenen Tiefseeschutz-Verordnung gefordert. Die EU-Verordnung (2916/2336) legt besondere Auflagen für die Befischung von Tiefseebeständen im Nordostatlantik fest.

Das Verbändebündnis zum Schutz der Tiefsee – unter anderem Seas at Risk, Greenpeace und WWF – lobte die konstruktive Rolle der Kommission bei der Aushandlung der Verordnung. Sie sei ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der EU-Umweltvorschriften und des internationalen Fischerei- und Meeresrechts. Allerdings müsse sich die Bedeutung dieser legislativen Leistung daran messen lassen, wie gut sie in die Praxis umgesetzt wird. Insbesondere müsse die EU-Kommission sicherstellen, dass die Mit-

gliedstaaten nun tatsächlich keine Genehmigungen für die Schleppnetzfisherei ab oder über einer Tiefe von 800 Metern mehr erteilen. Darüber hinaus sollten bis spätestens Januar 2018 die wissenschaftlichen Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) im Hinblick auf besonders empfindliche marine Ökosysteme (EMÖ) geprüft und Durchführungsrechtsakte zu deren Schutz umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten müssten bis Juli dieses Jahres die nötigen Informationen über die Orte der Tiefseefangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen von 2009 bis 2011 vorlegen. Zudem müssen alle Fischereifahrzeuge jede Beeinträchtigung einer EMÖ umgehend den zuständigen nationalen Behörden melden, die unverzüglich die Kommission benachrichtigen sollen.

Die adäquate Umsetzung der neuen Verordnung diene auch dazu, UN-Vorschriften einzuhalten. [jg]

► Offener Brief: www.savethehighseas.org/news/view.cfm?ID=1739

Wasserrahmenrichtlinie**Neue Initiative gestartet**

■ Living Rivers Europe heißt eine neue Plattform, die das Europäische Umweltbüro (EEB) gemeinsam mit dem WWF, der European Anglers Alliance, Wetlands International und dem European Rivers Network gegründet hat. Das Bündnis für lebendige europäische Flüsse will die anstehende Überprüfung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) begleiten und den Gewässerschutz in der EU stärken. Drei Kernforderungen wollen die Organisationen durchsetzen: eine bessere Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie; die wirksame Integration von Belangen der Wasserbewirtschaftung in alle relevanten Politikbereiche, insbesondere Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Hochwasserschutz. Und außerdem die Aufrechterhaltung und Stärkung der hohen Anforderungen der WRRL für den Schutz von Gewässern und Ökosystemen. [jg]

► <https://europe.wetlands.org/download/2138>

Stoffstrombilanzverordnung**Verbände gegen Schlupflöcher**

■ Ein Bündnis von Umweltverbänden hat Anfang Mai die vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte Stoffstrombilanzverordnung als umweltpolitisch völlig unzureichend kritisiert. Die Verordnung soll Nährstoffzugänge und -abgänge bei Agrarbetrieben transparent bilanzieren und realistisch abbilden. Der vorliegende Entwurf sieht aber zahlreiche Ausnahmen und Abzugsmöglichkeiten vor, die aus Sicht der Verbände den Schutz der Gewässer massiv untergraben. „Die Einführung einer ehrlichen und vollständigen Hofortbilanz ist angesichts alarmierender Nitratbelastungen die zentrale Aufgabe des neuen Düngerechts. Doch mit den jetzt vorgeschlagenen Bilanzmethoden öffnet das Bundeslandwirtschaftsministerium neue Schlupflöcher zugunsten von Tierfabriken und Güllehändlern“, kritisieren BUND, Deutscher Naturschutzring, Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch, Greenpeace, Grüne Liga und NABU in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Nach Überzeugung der Umweltverbände müsse die Pflicht zur Stoffstrombilanzierung schnellstmöglich und ausnahmslos auf alle Agrarbetriebe ausgeweitet werden. Als Minimalkompromiss müsse der Geltungsbereich der Stoffstrombilanz unbedingt auf alle Betriebe ausgeweitet werden, die Gülle aufnehmen, anstatt sich nur auf viehhaltende Betriebe zu beschränken. Andernfalls drohten große Nitratfrachten aus Gülletransporten auf dem Papier zu verschwinden, obwohl die Nährstoffe tatsächlich bei Acker- oder Biogasbetrieben mit Gülle-Importen ausgebracht würden. Auch die vorgesehene Messungenauigkeit von 20 Prozent bei der Abgabe von Gülle sei fachlich völlig willkürlich und wissenschaftlich nicht begründbar. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt riskiere, dass die Bevölkerung die Kosten für Defizite in der Verordnung doppelt tragen muss: mit steigenden Wasserkosten für die Trink-

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

wasseraufbereitung sowie Strafzahlungen an die EU, weil die Nitratrachtlinie nicht entsprechend umgesetzt wurde. [jg]

► Stellungnahme: www.dnr.de/positionen/stellungnahme-duengerecht

Elbauen

Renaturierungsprojekt gestartet

■ Mit einer symbolischen „Elbdeichschlitzung“ haben Ende April die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts Reiner Haseloff und Vertreter der Umweltstiftung WWF im Lödderitzer Forst bei Dessau ein groß angelegtes Auenrenaturierungsprogramm begonnen. Eine 600 Hektar große Auenwaldfläche soll bis Ende 2018 so an die Elbe angebunden werden, dass die natürliche Überflutung wieder stattfinden kann. Insgesamt umfasst das Projektgebiet in den Auen der Mittleren Elbe zwischen Dessau und der Saalemündung 5.800 Hektar und ist die größte Deichverlegung Deutschlands. Es ist ein national und international bedeutendes Brut-, Rast- und Durchzugsgebiet für zahlreiche Vogelarten.

Das Projekt wird mit 24,8 Millionen Euro zu zwei Dritteln vom Bundesumweltministerium finanziert. Träger des Projektes ist der WWF Deutschland, der sich zusammen mit dem Land Sachsen-Anhalt ebenfalls an der Finanzierung des Projektes beteiligt. Insgesamt soll das Projekt etwa 33 Millionen Euro kosten. [jg]

► www.bmub.bund.de (Presse – Nr. 133/17)

Elbschwimmstaffel

Das Meer beginnt hier

■ Im Wissenschaftsjahr 2016/17 zu Meeren und Ozeanen spielt die Elbe eine große Rolle. Am 24. Juni startet in Bad Schandau die Elbschwimmstaffel – die mit 575 Kilometer Länge größte Freiwasser-Schwimmstaffel Deutschlands. Die Anmeldung läuft seit April. Beim kombinierten Sport- und Forschungsereignis werden mehr als 200 Teilnehmende in 19 Etappen durch sechs Bundesländer unterwegs sein. Die Staffel soll am 12. Juli in Geesthacht enden. Forschungsthemen sind unter anderem Hochwasserschutz und Wasserqualität. An der Strecke können sich ZuschauerInnen beteiligen und Experimente durchführen. [jg]

► www.elbschwimmstaffel.de

Globale Welt

Denkanstoß in Richtung Zukunft

■ Die EU-Kommission hat im Mai ein Reflexionspapier „Globalisierung meistern“ vorgelegt. Damit wird der Weißbuch-Prozess zur Zukunft Europas fortgeführt. Kritik kam von den Grünen im EU-Parlament und von Umweltverbänden.

Nach eigener Darstellung beabsichtigt die Kommission, eine Diskussion anzustoßen, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten den Globalisierungsprozess regelbasiert und nachhaltig gestalten können, dass negative Entwicklungen frühzeitig erkannt und die Chancen daraus genutzt werden. Der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans erläuterte: „Europa muss dazu beitragen, das globale Regelwerk umzuschreiben, sodass Freihandel ein fairer Handel wird. Auf diese Weise wird die Globalisierung nachhaltig und kommt allen Menschen in Europa zugute.“

Die Fraktion Grüne/EFA im EU-Parlament bemängelte an dem Diskussionspapier, dass es zwar Probleme benennt, aber konkrete Handlungsvorschläge vermissen

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

Die Zeitschrift *Ökologisches Wirtschaften* schließt die Lücke zwischen Theorie und Praxis einer nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft.

GÜNSTIGES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 15,20 Euro statt 35,50 Euro (inkl. Versand)

Bestellung an: abo@oekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen: www.oekologisches-wirtschaften.de



lässt. Fraktionsvorsitzende Ska Skeller führte aus: „Die EU muss internationale Steuerhinterziehung und -vermeidung beenden, sodass die Gewinner der Globalisierung, internationale Großunternehmen, endlich einen fairen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Wir fordern faire Handelsbeziehungen, die ökologische und soziale Produktionsstandards weltweit unterstützen. Wir müssen das soziale Europa ernsthaft stärken mit einem echten Investitionsplan für zukunftsfähige Jobs, vor allem im Sektor der erneuerbaren Energien, im Gesundheitswesen und in der Forschung.“

Die Umweltschutzorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) bewertete das Papier als Schritt in die richtige Richtung. Zugleich forderte sie, dass die EU ihren Fokus stärker auf den Schutz von Umwelt und Menschenrechten richten müsse. Paul de Clerck von FoEE hob hervor, dass sich die EU vor allem für jene Menschen einsetzen müsse, die ihr Land und Ressourcen an multinationale Öl- und Bergbauunternehmen, Agrar- und Lebensmittelkonzernen sowie an Investoren verloren haben.

Die EU-Kommission plant, bis Ende Juni fünf Arbeitspapiere zu veröffentlichen, die Impulse zur Zukunft der Europäischen Integration liefern sollen. Themen sind neben der Globalisierung die soziale Dimension der EU, die Wirtschafts- und Währungsunion, Verteidigung sowie Finanzen. [aw]

- ▶ www.ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-stellt-reflexionspapier-zur-globalisierung-vor_de
- ▶ www.greens-efa.eu/de/artikel/press/european-commission-lacks-a-vision-for-fair-globalisation
- ▶ www.foeeurope.org/EU-trade-policy-environment-human-rights-100517

Freihandelsabkommen

EuG-Urteil: Erfolg für Bürgerinitiative „Stop TTIP“

■ Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat im Mai die Entscheidung der EU-Kommission von 2014, die Europäi-

sche Bürgerinitiative (EBI) Stop TTIP nicht zuzulassen, für nichtig erklärt.

Die Initiatoren der EBI hatten beabsichtigt, dass die EU-Kommission dem Rat empfehle, das ihr erteilte Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA aufzuheben, und CETA, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, nicht abzuschließen.

Die EU-Kommission hatte im September 2014 den Beschluss gefasst, diese EBI nicht zu registrieren. Sie begründete diesen Schritt damit, dass die EBI eine unzulässige Einmischung in ein Gesetzgebungsverfahren darstelle, das außerhalb ihrer Befugnisse liege.

Das Gericht folgte der Auffassung der Kommission nicht. Der Grundsatz der Demokratie mache es erforderlich, auch Rechtsakte in den Geltungsbereich der EBI einzuschließen, die Verhandlungsmandate für internationale Abkommen betreffen. Stop TTIP habe zur rechten Zeit eine legitime demokratische Debatte ausgelöst.

Ungeachtet der Nichtzulassung hatte die inoffizielle, selbst organisierte EBI mehr als drei Millionen Unterschriften gesammelt und erreichte das Quorum in 23 Mitgliedstaaten. [aw]

- ▶ Mitteilung des EuG: www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-05/cp170049de.pdf

CETA-Abkommen

Prüfung durch Europäischen Gerichtshof gefordert

■ Ende April hat die Verbraucherorganisation foodwatch eine Prüfung des umstrittenen Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) durch den Europäischen Gerichtshof gefordert.

Foodwatch forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Kanzlerkandidat Martin Schulz (SPD) dazu auf, eine derartige Prüfung durch den Gerichtshof zu veranlassen. Die Organisation kritisiert

vor allem, dass das europäische Vorsorgeprinzip nicht ausreichend im Vertragstext verankert und somit nach EU-Recht nicht zulässig sei.

Unter dem Deckmantel des Investorenschutzes könnten kanadische Investoren die Europäische Union vor internationalen Schiedsgerichten verklagen – und umgekehrt: „Investoren aus Kanada können klagen, wenn sie ihre Gewinne zum Beispiel durch neue Umweltgesetze oder schärfere Verbraucherschutzstandards in Europa gefährdet sehen. Das Vorsorgeprinzip zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger wird somit durch CETA ausgehebelt“, sagte Lena Blanken von Foodwatch. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/foodwatch-ceta

Ressourcenverbrauch

Deutsche Erdüberlastung erreicht

■ Am 24. April hat Deutschland bereits die natürlichen Ressourcen aufgebraucht, die in diesem Jahr zur Verfügung stehen, würde nur so viel verwendet werden wie auch regeneriert werden kann.

Die Organisationen Germanwatch und Inkota haben die Daten des Global Footprint Network zu Belastungsgrenzen ausgewertet und fordern verbindliche Maßnahmen und Ziele gegen die Ressourcenverschwendung in Deutschland: „Schon Mitte April haben wir quasi unseren Jahresvorrat an nachwachsenden Rohstoffen in Deutschland verbraucht. Dies zeigt, dass unsere Wirtschafts- und Lebensweise weder ökologisch nachhaltig noch global gerecht ist“, sagte Franziska Wohltmann von Germanwatch.

In Deutschland liege das Problem besonders beim hohen Flächenverbrauch für den Futtermittelanbau und die Fleischproduktionen sowie bei den hohen CO₂-Emissionen aus Energie, Verkehr und industrieller Landwirtschaft. [lr]

- ▶ www.weltagrabericht.de/aktuelles/nachrichten/news/de/32540

THEMA

Solidarität gegen Gleichgültigkeit sichtbar machen

Gemeinsam für gelebte Demokratie – so lautet das Motto des Kongresses, den die Allianz für Weltoffenheit im Mai in Köln durchgeführt hat. Angesichts wachsender Fremdenfeindlichkeit, rechtspopulistischer Tendenzen und eines schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalts wollten die Beteiligten darüber diskutieren, was der Demokratiemüdigkeit entgegensetzen ist. Eine Bilanz von Helga Inden-Heinrich.

■ Der Schirmherr des Kongresses Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dem Engagement der Allianz seine Unterstützung zugesagt. Der Kongress „setzt ein Signal gegen Gleichgültigkeit, Trägheit und Teilnahmslosigkeit“, hieß es in Steinmeiers Grußwort, das vorgelesen wurde.

Genau darum ging es den rund 350 TeilnehmerInnen aus allen Teilen der Zivilgesellschaft. Sie diskutierten, wie sich die Begeisterung für Demokratie und Pluralismus auch unter schwierigen Bedingungen wachhalten lässt. Die neun Allianz-Partner verbindet ein gemeinsames Anliegen: Sie wollen Demokratie und Rechtsstaat stärken, stehen für Solidarität und Weltoffenheit und wollen dies sichtbar machen.

Eine Podiumsrunde befasste sich mit der Motivation für Demokratie. „Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist Voraussetzung für solidarische, weltoffene und demokratische Gesellschaften in Europa“, betonte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann.

Für den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Abraham Lehrer stand ein respektvolles und tolerantes Miteinander aller Religionsgemeinschaften im Vordergrund. Mit Gleichgültigkeit sei der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus nicht zu gewinnen. Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland Irmgard Schwaetzer hob hervor: „Die Würde des Menschen muss jederzeit unantastbar bleiben. Daran mitzuwirken sehen Kirchen als ihre Aufgabe an.“ Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann sagte: „Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil gelebter Demokratie. Der Umgang mit Kunst und Kultur und vor allem die Freiheit von Künstlerinnen und Künstlern, ihre Werke veröffentlichen und zeigen zu können, ist ein Gradmesser für Demokratie. Kunst- und Meinungsfreiheit sind nicht bequem,

die Kunst muss die Grenzen des Zulässigen in einer Gesellschaft immer wieder austesten – ohne Impulse aus der Kunst trocknen Gesellschaften ein. Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger rief zur Unterstützung der zahlreichen Aktiven und Engagierten für eine weltoffene Gesellschaft auf. Sie arbeiteten teils im Verborgenen und oftmals ohne viel Aufsehen. Der Einsatz dieser Agenten für eine demokratische und plurale Zivilgesellschaft müsse gewürdigt werden.

Was ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält?

Über die Frage, was die Menschen vereint, debattierten die TeilnehmerInnen des zweiten Podiums kontrovers. Die Position der Kirche brachte der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Stefan Heße, auf den Punkt: „Wenn Ressentiments geschürt und Hassparolen skandiert werden, darf die Kirche nicht neutral bleiben. Als Christen sind wir dazu berufen, für Freiheit, Würde und Gerechtigkeit einzutreten.“

Peter Clever von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände betonte: „Viele Menschen in unserem Land machen täglich deutlich, was es bedeutet, Chancenstifter und Chancenergreifer zu sein. Wir wollen Annäherung fördern und dazu beitragen, Ängste abzubauen sowie Feindbilder zu widerlegen.“

„Teamgeist, fairer Wettstreit und Respekt vor der Leistung anderer, ungeachtet von Nationalität, Hautfarbe, Religion, kulturellem Hintergrund oder sexueller Orientierung – diese Werte werden im Sport täglich auf allen Ebenen gelebt.“ Das belegt für den Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes Alfons Hörmann, dass ehrenamtliches Engagement und Förderung der Demokratie unmittelbar zusammenhängen.

„Gestalten statt spalten“, war eine Devise des Koordinationsrates der Muslime. Deren Sprecher Aiman Mazyek appellierte: „Für die Freiheit, für unsere Demokratie muss immer wieder neu gerungen und gekämpft werden.“

Ein Plädoyer für Partizipation hielt der Präsident des Deutschen Naturschutzbundes Kai Niebert: „Deutschland muss ein Land werden, das Lust aufs Mitbestimmen und Mitgestalten macht. Viele Menschen fühlen sich von den Debatten um Klimawandel, Zuwanderung und Deutschlands Zukunft abgehängt und überfordert. Statt sie durch gefühlte Wahrheiten in die Hände von Bauernfängern laufen zu lassen, müssen wir sie wieder ermächtigen.“

In einem dritten Podium wurde gesellschaftliches Engagement in der Praxis gezeigt: vorbildliches Eintreten für Weltoffenheit (Ali Can, Hotline für besorgte Bürger), für Demokratie (Andreas Belz, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus), für Teilhabe (Anne Metz, innogy SE), gegen Hass (Sina Laubenstein, No Hate Speech Kampagne) und gegen Antisemitismus (Dervis Hizarci, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus).

Am Nachmittag boten mehrere Barcamp-Sessions den Teilnehmern die Möglichkeit, die Themen des Kongresses zu vertiefen, voneinander zu lernen und neue Ideen zu entfalten. So entwickelten sie etwa Argumente gegen Stammtischparolen.

Der Kongress der Allianz für Weltoffenheit wurde in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb durchgeführt.

- ▶ DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.kurzlink.de/dnr-demkongress05.17
- ▶ www.allianz-fuer-weltoffenheit.de

DNR INTERN


 Bundes-
 tagswahl
 2017

Nachhaltige Finanzreform

Schluss mit schädlichen Subventionen

■ Eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure, darunter der Deutsche Naturschutzring (DNR), hat sich im April zur Initiative Nachhaltige Finanzreform zusammengeschlossen. Das Bündnis fordert eine tiefgreifende Steuerreform sowie den Stopp klima- und umweltschädlicher Staatssubventionen in Deutschland.

Daran anknüpfend haben der Umweltdachverband DNR und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sechs Thesen für eine nachhaltige Finanzreform aufgestellt. Die beiden Organisationen unterstreichen, dass durch die bestehende Steuer- und Subventionspolitik ökonomische Fehlanreize für Unternehmen und VerbraucherInnen gesetzt werden. DNR-Präsident Kai Niebert verlangt eine Kehrtwende: „Ein zukunftsfähiges, gerechtes Deutschland braucht eine Finanzpolitik, die eine gesunde Zukunft gestaltet, anstatt die fossile Vergangenheit zu zementieren.“

Das breitere Bündnis wiederum richtet sich an politische EntscheidungsträgerInnen und möchte gemeinsam den Dialog über ein Umsteuern in der Finanz- und Steuerpolitik voranbringen. Ziel ist, sich mit der Initiative sowohl im Bundestagswahlkampf als auch in den Koalitionsverhandlungen und darüber hinaus konstruktiv einzubringen. [aw]

- ▶ Initiative Nachhaltige Finanzreform: www.nachhaltige-finanzreform.de/start
- ▶ Thesenpapier: www.kurzlink.de/finanz-thesen-04-17

Einvernehmliche Gesellschaft

Kulturelle Vielfalt stärken

■ Mitte Mai hat die Initiative kulturelle Integration ihre 15 Thesen „Zusammen-

halt in Vielfalt“ in Berlin vorgestellt und Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht. Angesichts aktueller Debatten wollen die Mitglieder der Initiative, darunter der DNR, mit den Thesen einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten. Dabei setzen sie vor allem auf die Solidarität als Grundprinzip des Zusammenlebens und auf die Vermittlungskraft der Kultur. Sie sprechen sich für ein weltoffenes Gemeinwesen und ein einiges Europa aus.

Die 15 Thesen im Einzelnen:

- ▶ Das Grundgesetz als Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland muss gelebt werden.
- ▶ Das alltägliche Zusammenleben basiert auf kulturellen Gepflogenheiten.
- ▶ Geschlechtergerechtigkeit ist ein Eckpfeiler unseres Zusammenlebens.
- ▶ Religion gehört auch in den öffentlichen Raum.
- ▶ Die Kunst ist frei.
- ▶ Demokratische Debatten- und Streitkultur stärkt die Meinungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft.
- ▶ Einwanderung und Integration gehören zu unserer Geschichte.
- ▶ Die freiheitliche Demokratie verlangt Toleranz und Respekt.
- ▶ Die parlamentarische Demokratie lebt durch Engagement.
- ▶ Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie.
- ▶ Bildung schafft Zugang zur Gesellschaft.
- ▶ Deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe.
- ▶ Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen.
- ▶ Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation, sozialen Zusammenhalt.
- ▶ Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke.

Initiatoren der Initiative kulturelle Integration sind der Deutsche Kulturrat, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesinnenministerium, das Bundesarbeitsministerium und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Daneben gehören 23 weitere Mitglieder aus der Zivilgesellschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Medien, den Sozialpartnern, den Kommunalverbänden und der Kultusministerkonferenz der Initiative an. [red]

- ▶ DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.kulturelleintegration/thesen

AUS DEN VERBÄNDEN

Tauchsport

VDST weiter weltweit präsent

■ Bei den Wahlen der neuen Vorstandsgremien des Welttauchsportverbandes (CMAS) sind Ende April in Rom die sechs Vertreter des Verbandes Deutscher Sporttaucher (VDST) in führenden Leitungspositionen bestätigt worden. So ist etwa der VDST-Fachbereichsleiter für Internationales Michael Frenzel direktes Mitglied im CMAS-Vorstand und VDST-Fachbereichsleiter Umwelt und Wissenschaft Ralph O. Schill Präsident des Komitees für Wissenschaft und Nachhaltigkeit. Mit seinem Team möchte er das umweltverträgliche Tauchen weiterentwickeln und wissenschaftliche Aktivitäten unter Wasser fördern. Mit der Wahl der VDST-Vertreter, darunter auch Präsident Franz Brümmer, ergeben sich für den Verband auch in der kommenden Legislaturperiode des Welttauchsportverbandes wieder zahlreiche, wichtige Einflussmöglichkeiten für den Tauchsport in Deutschland und weltweit. [mbu]

- ▶ Verband Deutscher Sporttaucher, Offenbach, Tel. +49 (0)69 / 98190212, E-Mail: presse@vdst.de, www.vdst.de
- ▶ www.cmas.org

Wandertag

Quer durch die Republik

■ Am Tag des Wanderns haben Mitte Mai bundesweit insgesamt rund 16.000 Menschen teilgenommen. Bei der Premiere im vergangenen Jahr waren es noch 3.500. Damit hat sich im Vergleich zu 2016 in diesem Jahr nicht nur die Zahl der Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer vergrößert. Auch die Zahl der Veranstaltungen hat sich mehr als verdoppelt. Der Deutsche Wanderverband (DWV) als Veranstalter registrierte in diesem Jahr neben den 58 Angeboten seiner Mitgliedsorganisationen über 450 Veranstaltungen von Umwelt-, Tourismus-, Sport- und anderen Organisationen, bei denen sich die Menschen von der Vielfalt des Wanderns überzeugen konnten. [mbu]

► www.tag-des-wanderns.de

zu Themen der Nachhaltigkeit besonders interessant sind und publiziert werden, welche Themen eine so große Relevanz haben, dass sie eine möglichst große Resonanz erfahren sollen. Damit können AutorInnen und LeserInnen gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel leisten. Neue Wege für eine zukunftsfähige Gesellschaft finden und beschreiten – dafür macht oekom Bücher und Zeitschriften. Und initiierte nun die Crowdpublishing-Plattform für innovative Ideen zur Nachhaltigkeit in Umwelt und Gesellschaft. [mbu]

► www.oekom-crowd.de

und Bandino Lo Franco, Fattoria La Vialla; Stefan Voelkel, Voelkel GmbH

- Kategorie Medien: Susanne Bergius, Journalistin und Moderatorin
- Kategorie Wissenschaft: Alexander Basen, Universität Hamburg
- Kategorie Institutionen: Arne Dunker, Klimahaushaus® Bremerhaven 8° Ost

Seit 24 Jahren zeichnet der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) alljährlich Unternehmensvertreter, Wissenschaftler und Journalisten für herausragende Verdienste um Umwelt und Nachhaltigkeit aus. [mbu]

► www.baumev.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Nachhaltige Publikation

Crowdpublishing-Plattform des oekom Verlags gestartet

■ Wer eine spannende Idee für eine Publikation zum Thema Ökologie und Nachhaltigkeit hat, kann diese seit Mitte Mai auf [oekom crowd](http://oekom-crowd.de) vorstellen. Die LeserInnen können die Publikationsidee unterstützen und dazu beitragen, dass sie realisiert wird. Hier werden die LeserInnen zu VerlegerInnen: Sie entscheiden, welche Bücher

B.A.U.M.-Umweltpreis 2017

Nachhaltige Geldanlagen

■ Bei seiner Jahrestagung im vergangenen Mai in Frankfurt hat das Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften erneut den B.A.U.M.-Umweltpreis verliehen. Die Träger sind:

- Kategorie Großunternehmen: Martin Risse und Stephan Bongwald, Barmenia Versicherungen
- Kategorie Kleine und mittelständische Unternehmen: Rolf Hollander, CEWE Stiftung & Co.KGaA; Gianni, Antonio

Aktiv werden

Geo-Tag der Natur

■ Am 17. und 18. Juni findet der GEO-Tag der Natur statt. Bis dahin können Interessierte noch ihre Aktionen und Ideen einreichen. Wer teilnehmen möchte, kann ein Angebot einreichen. Das Projektbüro gibt Hilfestellung und Anregungen, sei es auf der Internetseite, bei Facebook oder auf naturgucker.de. [mbu]

- www.geo-tagdernatur.de/#aktionen2017
- www.naturgucker.de

LUST AUF NATUR & Wildnis?

Jetzt günstiges Probeabo sichern:

Nur 9,- Euro
(inkl. Versand) unter:
abo@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis,
Nationalparks und
Großschutzgebiete
lesen möchten:

www.nationalparkzeitschrift.de

oekom
verlag

HERAUSGEBER: Verein der
Nationalpark-Freunde e.V.

[www.facebook.de/
nationalparkzeitschrift](http://www.facebook.de/nationalparkzeitschrift)



TERMINE

JUNI

05.–09.06., New York
(USA)

**The Ocean Conference.
Our Oceans, Our
Future: Partnering for
the Implementation of**

Sustainable Development Goal 14. UN-Konferenz

► United Nations, New York, Fax + 1 (212) 963 1921,
E-Mail: unprotocol@un.org, <https://oceanconference.un.org/logistics>, <https://oceanconference.un.org>

08.–09.06., Hamburg (D)

**Klima-Städte der Zukunft – Wir lernen
voneinander!** Konferenz

► Behörde für Umwelt und Energie, Hamburger
Leitstelle Klimaschutz, Christina Dau, Tel. +49 (0)40 /
42840-2878, E-Mail: christina.dau@bue.hamburg.de,
www.umweltbundesamt.de/service/termine/klima-staedte-der-zukunft-wir-lernen-voneinander

09.–11.06., Loccum (D)

**Atommüll-Lager: Was soll wann wie wohin – und
wer macht was?** Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Dr. Monika
Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108, E-Mail: monika.
mueller@evka.de, www.loccum.de/programm/p1727.html

09.–11.06., Osnabrück (D)

Jugendkongress Biodiversität 2017

► Bundesumweltministerium/Bundesamt für
Naturschutz/Deutsche Bundesstiftung Umwelt,
www.jugend-zukunft-vielfalt.de

16.06.–18.06., Berlin (D)

**Wissenschaft in NGOs – Herausforderungen und
Chancen.** Seminar

► BUND und BUND-Jugend, Tel. +49 (0)30 / 27586-
50, Fax -55, E-Mail: info@bundjugend.de,
www.bundjugend.de/termin/seminar-wissenschaft-in-ngos-herausforderungen-und-chancen/

17.–18.06., bundesweit/Essen (D)

GEO-Tag der Natur

► GEO-Tag der Natur e.V., Projektbüro Hamburg,
Tel. +49 (0)40 / 22866275,
E-Mail: info@geo-tagdernatur.de,
www.geo-tagdernatur.de

20.–22.06., Berlin (D)

Weltkongress Gebäudegrün WGIC 2017

► FBB Fachvereinigung Bauwerksbegrünung/
World Green Infrastructure Network (WGIN)/
Europäische Föderation der Bauwerksbegrünungs-
verbände (EFB), Saarbrücken, Tel. +49 (0)681 /
9880570, E-Mail: info@wgic2017berlin.com,
www.wgic2017berlin.com

21.–22.06., Frankenhausen/Grebenstein (D)

1. Bundesweite Öko-Feldtage: Bio live erleben!

► Stiftung Ökologie & Landbau/Bund Ökologische
Lebensmittelwirtschaft/FiBL Projekte GmbH, Carsten
Veller, Tel. +49 (0)69 / 7137699-86, E-Mail: carsten.
veller@fibl.org, www.oeko-feldtage.de

24.06.–12.07., Elbe entlang Bad Schandau bis
Geesthacht (D)

Elbschwimmstaffel

► Redaktionsbüro Wissenschaftsjahr 2016*17 Meere
und Ozeane, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 818777173,
E-Mail: elbschwimmstaffel@wissenschaftsjahr.de,
www.wissenschaftsjahr.de/2016-17/elbschwimmstaffel

27.–29.06., Bonn (D)

**Biodiversität und Gesundheit angesichts des
Klimawandels.** Europäische Konferenz

► Bundesamt für Naturschutz/ENCA/UFZ et al., be
frank-eventsupport GmbH, Berlin, Tel. +49 (0)30 /
8049849-49, Fax -44, E-Mail: ecbcc2017@be-frank.de,
www.ecbcc2017.com

JULI

06.07., Nürnberg (D)

**Klimaschutz und Klimawandel in den Kommunen.
Herausforderungen und Handlungsansätze für
Politik und Planung**

► Petra-Kelly-Stiftung, München, Tel. +49 (0)89 /
24226730, E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de,
www.petrakellystiftung.de

11.–15.07., Putbus/Vilm (D)

**16. Vilmer Sommerakademie: Natur(schutz) und
Musik**

► Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm,
Putbus, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112,
Fax -117, E-Mail: Martina.Finger@bfn.de,
www.bfn.de/0603_kalender.html (3. Quartal)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Juni 2017

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und
Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–
20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570,
E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hnh] (gesamt-
verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Interna-
tionales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Ju-
liane Grüning [jg], Antje Mensen [am], Lavinia Rove-
ran [lr], Elena Schäggen [es], Ann Wehmeyer [aw]. **Re-
daktionelle Mitarbeit:** Max Ferber [mf], Cedric Hörder
[ch], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD].
ökopädNEWS: siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marien-
str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581,
E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), S. 9 © Holger Riegel. **Grafik/DTP:**
Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck +
Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt
auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von
Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen
Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime
Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,
Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:
oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Janine Gaumer, München,
Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Heraus-
gebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
mit denen der Förderer übereinstimmen.



Vom kritischen Konsum zur politischen Einmischung

Soll die BNE kämpferischer werden?

Viele gesellschaftliche Veränderungen lassen sich nur politisch bewirken. Wie kann die Bildung für nachhaltige Entwicklung dazu anregen, sich kritisch mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinanderzusetzen und aktiv zu werden? Im März stellte Franziska Buch vom Umweltinstitut München beim Netzwerktreffen Umweltbildung von Ökoprojekt Mobilspiel e.V. in München vor, welche Bedeutung politische Teilhabe hat, in welchen Formen sie stattfinden kann und was sie bewirkt.

□ „Die Bildungsarbeit kann noch kämpferischer werden“, so Franziska Buch, Referentin für Energie und Klima des Umweltinstituts München beim Netzwerktreffen Umweltbildung im Frühjahr im Ökologische Bildungszentrum (ÖBZ). In der Bildung für nachhaltige Entwicklung stecke noch unausgeschöpftes Potenzial, sich mit politischem Engagement zu verbinden. Ihre Thesen sorgten für rege Diskussion unter den Teilnehmenden: Kolleginnen und Kollegen aus Bildungseinrichtungen, Verbänden, Institutionen, Initiativen und Verwaltung, sowie selbstständig Tätige mit den Schwerpunkten Natur, Umwelt und Nachhaltigkeit.

Doch warum ist eine politische Einmischung überhaupt notwendig? Dringende gesellschaftliche Aufgaben – zum einen katastrophale Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern und zum anderen globale soziale Gerechtigkeit zu erreichen – machen laut Buch ein sofortiges Handeln notwendig. „Wir selbst sind für die Welt verantwortlich“, zitiert sie Sartre. Gegen die „Lobbykratie“, die Macht des Geldes, die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik helfe es jedoch nicht, nur den eigenen Konsum zu verändern. Es müsse Druck aus der Bevölkerung auf die Politik geben, um ein Gegengewicht zum Industrielobbyismus zu schaffen. Denn schnelle umweltpolitische Veränderungen kann nur die Politik durch entsprechende Gesetze herbeiführen.

Wie funktioniert politisches Engagement?

Organisationen, die sich politisch einmischen, sind Parteien, gemeinnützige Vereine und Verbände, Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen sowie soziale Bewegungen. Diese üben ihr politisches

POLITISCHE AKTION

Engagement zum Beispiel durch Aufklärungsarbeit und Debattenbeiträge aus, durch Gespräche mit oder Druck auf die Politik, durch Demos und Protestaktionen. Eine neue Form des Aktivismus ist der sogenannte „Clickivism“. Durch einen Klick im Internet können Menschen ihre Unterschrift unter politische Forderungen setzen. Dadurch kann an mancher Stelle öffentlicher Druck aufgebaut werden. Die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP, die das Umweltinstitut München mit organisiert hat, so berichtet Buch, habe online rund drei Millionen Unterschriften gesammelt. „Eine solche Zahl können PolitikerInnen nicht ignorieren.“

Eine weitere Form der Einmischung ist der zivile Ungehorsam. Hier findet eine bewusste Regelübertretung statt, die Aktiven machen sich strafbar. „Aktionen zivilen Ungehorsams sind nicht legal, aber legitim, da sie sich gegen ein Unrecht wenden, das von der Politik ignoriert wird“, so Buch. In Deutschland ist aktuell die Kampagne „Ende Gelände“ für Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Kohleabbau und -verstromung bekannt, bei denen beispielsweise Gleise für den Kohletransport besetzt oder Bagger blockiert werden. Begleitend zu den Aktionen findet im Rheinland jährlich ein Klimacamp mit der Degrowth-Sommerschule statt, bei der es um Vernetzung, Bildung und gemeinsame Aktionen geht. Hier werden aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen untersucht, gemeinsam Utopien entwickelt und ganz praktische Fähigkeiten erlernt, die helfen, eine sozialökologische Transformation mitzugestalten: Wie gründe ich

mit anderen Menschen eine Kooperative? Wie bauen wir ein Windrad? Was ist nachhaltiger Aktivismus? Die Aktivisten können sich hier kennenlernen, austauschen und thematisch informieren – ein Beispiel dafür, wie Bildungsarbeit und politisches Engagement verzahnt werden können.

Aktive Empörung oder Dialog?

Politisches Engagement, so die Ansicht der Referentin, kann somit auch die Gestaltungskompetenz im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern, wie gemeinschaftliches Handeln oder Empowerment, also die Selbstermächtigung, Gestaltungsspielräume wahrzunehmen. „Unbequeme Positionen beziehen, die nicht jeder hören will und konfrontative Formen kann man nicht aussparen.“ Umweltbildung würde sich laut Buch sehr stark auf die Felder der Naturerfahrung und der Lebensstile mit individuellen Konsumententscheidungen konzentrieren. „Kritischer Konsum ist wichtig, reicht aber nicht aus“, so ihre Ansicht. „Daher mein Plädoyer, dass es gesellschaftlichen Widerstand gegen umweltzerstörerische Wirtschaftsweisen braucht, nicht nur kritischen Konsum.“ Politisches Engagement solle daher als ein Schwerpunkt der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hinzukommen.

Wie jedoch die BNE politisches Engagement fördern kann, das stellte Buch zur Diskussion ins Plenum. Hier kamen zu den von ihr genannten Thesen einige kritische Anmerkungen. Darunter, dass Projekte der BNE sehr wohl systemverändernd seien, da sie Alternativen aufzeigten. Außerdem sei die politische Bildung bereits ein Kernpunkt der einstigen Umweltbildung und heutigen BNE. Daraus könnte ein politi-

ches Engagement generiert werden. Eine weitere Stimme aus dem Plenum wies darauf hin, dass die sogenannten Change Agents, also AkteurInnen, die den Wandel vorantreiben, sich durchaus, beispielsweise im Rahmen des Weltaktionsprogramms BNE, auf politischer Ebene bewegen. Eine weitere Stimme betonte die Abhängigkeit der Bildungsanbieter von Geldgebern aus der Politik. Da sei Konfrontation nicht Aufgabe der Bildung, sondern es gehe

eher darum, auf einer Kompromissebene im Dialog Herausforderungen anzugehen. Außerdem sei es nicht die pädagogische Funktion der BildnerInnen, ein „Wie“ des Handelns vorzugeben.

Stimmen, die meinten, es müsse im Rahmen der Bildung ein „Empörungssensor“ bei den Teilnehmenden ausgelöst werden, begegneten der Referentin mit breitem Zuspruch. Eine Bildungsarbeit, die stärker zu politischem Engagement moti-

viert, entweder durch aktive „Empörung“ oder auch im Dialog, und jedeR nach seiner Fassung – so konnte am Ende der Konsens im Plenum zusammengefasst werden.

Eine Zusammenfassung des Netzwerktreffens Umweltbildung unter www.oekoprojekt-mobilspiel.de/service/downloads

Mareike Spielhofen, Journalistin, Ökoprojekt MobilSpiel, E-Mail: oekoprojekt@mobilspiel.de

BLICKPUNKT

Jung und frech die Welt retten

Die Welt retten – und zwar frech, das wollen Melanie Albert, Lara Busse und Stefan Asenbeck von der Jugendorganisation Bund Naturschutz in Bayern (JBN), Bayerns größter Jugendumweltorganisation.

Der Versuch, die Welt zu retten, treibt sie auf die Straße. Zum Beispiel bei der Demo „Wir haben Agrarindustrie satt!“ in Berlin. 45 junge Leute des JBN fuhren im Januar 2017 nach Berlin, um gemeinsam mit weiteren 18.000 AktivistInnen für gesundes Essen, eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und fairen Handel zu demonstrieren. „Wir wollen uns einmischen, mitbestimmen und mitgestalten“, so Melanie Albert, die in den Landesvorstand des JBN gewählt worden ist. Das ist einer der Gründe, warum junge Leute, bunt und laut, mit Trommeln, in Tier- und Gemüsekostümen auf der Straße tanzen. Ein weiterer Aspekt ist die Gemeinschaft in der großen Gruppe. Sie haben Spaß, lernen Leute kennen und schauen über den Tellerrand. „Nach der Demo geht es weiter“, erzählt FÖJ-Teilnehmerin Lara Busse. Am Abend nach der Demo hätten alle Lust, sich weiter zu engagieren. Man trifft sich, diskutiert über die Themen, kocht und isst möglicherweise zusammen und es finden Workshops statt. Hier kommen die jungen Leute vielleicht zum ersten Mal mit politischen Themen in Kontakt und können ihre Möglichkeiten im Rahmen von friedlichen und legalen Aktionen ausschöpfen.

Diskussionen werden gepflegt, plurale Meinungen unterstützt

Im Rahmen von Gesprächen und Diskussionen können sie sich eine Meinung bilden. „Die sind sich auch nicht immer einig“, so Asenbeck, Bildungsreferent der JBN. „So wird beispielsweise diskutiert, wie viel bio und wie viel regionale Produkte es beim Konsum sein sollten, ob überhaupt Fleisch gegessen werden darf oder völlig darauf, sogar auf Milchprodukte, verzichtet werden sollte.“ Die Diskussionen werden bei der JBN gepflegt, plurale Meinungen unterstützt und jeder wird dort abgeholt, wo er steht. Authentisch sein, um Werte glaubhaft vorzuleben, ist angesagt. Das Wichtigste ist jedoch, dass sich die jungen Leute wohlfühlen in der Gemeinschaft, Spaß miteinander haben und dass jeder so sein darf, wie er ist. Daher sind die Aktionen bewusst niederschwellig gehalten. Dennoch geht es um die Sache. „Es ist schön zu erfahren, ich kann etwas bewirken, wir können gemeinsam etwas bewirken“, so Albert.

„Wir lassen uns nicht verschaukeln“

Gemeinsame Aktionen, so frech wie möglich, stehen im Mittelpunkt des Verbandsgeschehens. So auch die Aktion in den Allgäuer Bergen, rund um das Riedberger Horn. Hier will die Bayerische Staatsregierung eine Skischaukel trotz Schutzgebiet genehmigen und hat beschlossen, den Alpenplan, ein landesplanerisches Instrument, das die Verkehrserschließung im Bayerischen Alpenraum regelt, entsprechend zu ändern. „Wir lassen uns nicht verschaukeln“, lautet die Parole des JBN, die gegen diese Erschließung ist. Dazu sind rund 20 junge AktivistInnen Ende Januar mit Schneeschuhen auf das Riedberger Horn gestiegen. „Weil es eine angemeldete Demo war, wurden wir von vier Polizisten begleitet“, grinst Albert. „Die waren alles andere als begeistert, mit uns da raufzumarschieren!“ Oben am Berg angekommen packten die jungen Leute eine Schaukel aus und zückten die Kamera, um auch bildlich zu verdeutlichen, dass sie sich nicht einschüchtern und verschaukeln lassen. Die Fotos wurden in den sozialen Medien Instagram und Facebook veröffentlicht, mit der Aufforderung an die „Fangemeinde“ ähnliche Fotos zu schießen und diese ebenfalls auf den Aktionsseiten des JBN zu veröffentlichen.

Inzwischen ist der JBN älter als die meisten seiner Mitglieder: Der 40. Geburtstag wird 2017 gefeiert und die rund 32.000 Mitglieder können auf viele freche und kreative Aktionen, politische Einmischung und Einflussnahme zurückschauen. So hat sich die Jugendorganisation mit kreativen Aktionen erfolgreich gegen den Ausbau der Donau gewehrt, protestiert(e) mit politischen Festivals, Ausstellungen, Demos, Informationen in der Öffentlichkeit sowie auf ihren Internetseiten und in den sozialen Medien, beispielsweise gegen die dritte Startbahn am Münchner Flughafen, gegen TTIP, CETA, Fracking, Atomkraft und für die Energiewende.

Weiterführende Links:

- ▶ Jugendorganisation BUND Naturschutz, E-Mail: info@jbn.de, www.jbn.de
- ▶ Websites zu Aktivitäten für eine Agrarwende: www.meine-landwirtschaft.de und www.wir-haben-es-satt.de

Mareike Spielhofen; Journalistin, Ökoprojekt MobilSpiel, E-Mail: oekoprojekt@mobilspiel.de

ZUM THEMA

Umweltbewusstseinsstudie

Zehn von hundert sind kampagnenorientiert

□ Zum elften Mal haben Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt untersuchen lassen, wie sich Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Bevölkerung in Deutschland entwickeln. Die Umweltbewusstseinsstudien dienen dazu, Denk- und Handlungsmuster zu verstehen und die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen kennenzulernen. In der Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage“ wurden Menschen unter anderem zu ihrer Engagementbereitschaft für sozialökologische Anliegen befragt. 10 Prozent werden als „kampagnenorientiert“ beschrieben. Die Studie zeigt, dass dieser Bevölkerungsanteil über unterschiedliche Aktionsformen wie etwa Demonstrationen oder Kampagnen ihren zivilgesellschaftlichen Einfluss geltend macht, um so Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben: „Sie sind bereit, Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, Konflikte auch mal zuzuspitzen und Machtkämpfe auszufeuchten. Auf diese Art möchten sie Zielen wie der ökologischen Nachhaltigkeit und dem sozialen Ausgleich mehr Nachdruck verleihen. Sie sind überzeugt, dass es der Intervention gesellschaftlich engagierter Gruppen bedarf, um einem sozialökologischen Wandel zum Durchbruch zu verhelfen.“ Drei Viertel der Befragten stimmen zudem voll und ganz oder eher zu, dass unsere energie-, ressourcen- und abfallintensive Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend umgestaltet werden sollte. 61 Prozent der Befragten meinen, dass Marktmechanismen alleine nicht ausreichen, erforderliche Veränderungen umzusetzen. Schwerpunkte der Studie, die im Internet und als Printausgabe erhältlich ist, sind Klimaschutz, Gesundheitsschutz und Mobilität.

▷ www.bmub.bund.de/N54151/Engagementkalender**Freiwilligenoffensive 2017**

□ Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement lädt ein, Aktivitäten in den Engagementkalender einzutragen und damit an der Woche des bürgerschaftlichen Engagements teilzunehmen. Die Aktionswoche findet vom 8. bis 17. September statt und wird vom Bundesfamilienministerium gefördert. Mit zuletzt 7.200 Einzelaktionen ist dies die bundesweit größte Freiwilligenoffensive in Deutschland. Beteiligen kann man sich mit unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen: Einem Tag der offenen Tür, einer Diskussionsrunde, einer Lesung, einem Workshop oder einer Sportveranstaltung, alles ist möglich.

▷ www.engagement-macht-stark.deLesetipp für Jugendliche**Heißkalt-Magazin Mobilität**

□ Warum schicken Jugendliche aus ganz Deutschland dem Verkehrsministerium ihre alten Spielzeugautos? Und ist man mit dem Zug wirklich klimafreundlicher unterwegs als mit Reisebus oder Auto? Das Heißkalt-Magazin „Klimafreundlich und mobil – geht das?“ gibt Antworten. Die CO₂-freundlichen Alternativen und kreativen Protestaktionen gegen das Verkehrschaos richten sich an Jugendliche zwischen 11 und 16 Jahren. Das Heft kann kostenlos bestellt werden, auch im Klassensatz unter schnitzer@naturfreundejugend.de.

▷ www.klasse-klima.de/magazin

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Netzwerk „RENN Süd“**Agenda 2030 in ländlichen Räumen**

□ Gemeinden und Städte in ländlichen Räumen gehen unterschiedlich mit der Herausforderung um, ihre Zukunft am

Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu auszurichten. In der Tagung „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – frischer Wind für ländliche Räume“ am 6./7. Juli 2017 in Bad Alexandersbad setzen sich Sabine Drees (Deutscher Städtetag), Dr. Michael Kopatz (Wuppertal Institut) und Prof. Dr. Rainer Danielzyk (Leibniz-Universität Hannover) mit den Möglichkeiten auseinander, wie dieser Wandel gestaltet werden kann. Mit Rahmenbedingungen und praktischer Umsetzung in Landkreisen und Gemeinden beschäftigen sich Prof. Dr. Miosga (Universität Bayreuth), Manfred Lehner (VHS Amberg-Sulzbach) und Hans-Peter Perschke (Bürgermeister von Schlöben, Thüringen). Veranstalter sind die Ökologische Akademie e.V., RENN.süd und das Evangelische Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad. Kooperationspartner ist der ANU-Landesverband Bayern e.V., die Tagung wird gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

▷ Ökologische Akademie, Baiernrainer Weg 17, 83623 Dietramszell/Linden,
E-Mail: oekologische-akademie@gmx.de
▷ www.renn-netzwerk.de/sued

ANU-Bayern**Sieben auf einen Streich**

□ Runde Tische Umweltbildung/BNE in Bayern sind das Schwerpunktthema des aktuellen ANU-Bayern Rundbrief 1-2017 „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern“. Es ist die erste Zusammenschau aller sieben Runden Tische Umweltbildung in den Regierungsbezirken Bayerns. Die Darstellung der einzelnen Akteure wird ergänzt durch ein Interview mit Dr. Christoph Goppel, Leiter des Referats Umweltbildung, Bildung zur Nachhaltigkeit im Bayerischen Umweltministerium, der seine Sicht auf den Wert der Vernetzung und Weiterentwicklung durch den Fachaustausch darlegt.

▷ www.kurzlink.de/runde_Tische_UB_BY

WISSENSWERT

EU-Förderung

Klimaschutzprojekte auch in Bildungseinrichtungen

□ Erstmals können gemeinnützige Organisationen mit der neu ausgerufenen Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI) Vorschläge für Klimaschutzprojekte an Bildungseinrichtungen auf europäischer Ebene einreichen. Dabei sollen Vertreter oder Organisationen aus zwei oder mehr EU-Ländern zusammenarbeiten. Die Beteiligung war bis Mitte Mai dieses Jahres möglich. Zielgruppen der EUKI-Projekte sind Regierungen, Kommunen, Bildungsinstitutionen sowie Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, vornehmlich in Mittel-, Ost- und Südeuropa. Die EUKI soll die Wissens- und Bewusstseinsbildung über den Klimawandel sowie für die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Chancen in Verbindung mit Klimaschutz stärken und über den Austausch guter Praktiken den Wissens- und Erfahrungstransfer sowie Netzwerkbildung fördern. EUKI-Projekte sollen eine Brücke zu EU-Förderprogrammen bilden, um über Kapazitätsaufbau sowie Konzept- und Projektentwicklung europäische Mittel in innovative Klimaschutzmaßnahmen zu lenken. Die Förderinformation für den Ideenwettbewerb ist im Internet abrufbar.

▷ www.euki.de

Bildungsmaterial

LärmWerkstatt

□ Lärm ist allgegenwärtig – ob auf der Straße, in der Schule, zu Hause oder in der Freizeit. Die negativen Effekte durch Lärm sind vielfältig und reichen von der Einschränkung der Konzentrationsfähigkeit, Schlafstörungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu Hörschäden. Die Bekämpfung negativer Lärmfolgen beginnt mit der Bildung eines Bewusstseins

für die Entstehung von Lärm: Erst wenn (zu) hohe Schallpegel als Problem erkannt werden und Verständnis dafür geschaffen ist, warum ein leiseres Lebensumfeld allen nützt, kann der Antrieb entstehen, zur Lärmreduzierung beizutragen. Die Sammlung an Arbeitsmaterialien „LärmWerkstatt“, die kürzlich im Projekt „NRW wird leiser“ entstanden ist, soll dabei helfen. Die Mappe enthält theoretische Hintergründe zu Schall, Hören, Lärm, Gehörschäden und Lärmmessung, den Schwerpunkt bilden 42 konkrete Programmideen (Experimente, Übungen, Stationen, Projekte) sowie Gestaltungsvorschläge für Projektstage (Primarstufe und Sekundarstufe I). Die Mappe ist kostenfrei als PDF erhältlich oder kann für 4 Euro Schutzgebühr gedruckt bestellt werden.

▷ www.kurzlink.de/NUA_Laermwerkstatt

Umwelt im Unterricht

Wie Städte grüner werden

□ Viele Städte wachsen – auch in Deutschland. Welche Rolle spielt Stadtgrün für eine nachhaltige Stadtentwicklung? Wie kann es gelingen, trotz der Konkurrenz um knappe Flächen grünere Städte zu schaffen? Dabei kommt auch dem Gärtnern in der Stadt eine zentrale Rolle zu. Immer mehr Menschen wollen gemeinschaftlich gärtnern. Das hat auch Vorteile für Umwelt und Klima. „Umwelt im Unterricht“, ein Service des Bundesumweltministeriums, bietet hierzu Material für Grundschule und Sekundarstufe.

▷ www.umwelt-im-unterricht.de/wochenthemen/spezial-wie-staedte-gruener-werden

Tag der kleinen Forscher

Zeigst du mir deine Welt?

□ Wie viele Bäume sind ein Wald? Welche Tiere leben in unserer Stadt? Was wäre, wenn wir alle gleich aussähen? Am 19. Juni ist „Tag der kleinen Forscher“, in diesem

Jahr unter dem Motto „Zeigst du mir deine Welt?“. Der bundesweite Mitmachtag der Stiftung Haus der kleinen Forscher will damit Zeichen für gute frühe Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik setzen. Alle Kitas, Horte und Grundschulen sind eingeladen zu erforschen, wie vielfältig ihr Alltag ist. Damit Mädchen und Jungen ihre Welt nachhaltig gestalten können, brauchen sie die Fähigkeit, vernetzt zu denken: Wie hängen die Dinge zusammen? Welche Folgen hat das, was ich tue? Was kann ich – gemeinsam mit anderen – bewegen? So können sie ein Verständnis für das globale Ganze und eine weltoffene Perspektive entwickeln. Alle, die mitforschen möchten, finden auf der Website kostenfreie Anregungen, Materialien und Forscherideen.

▷ www.tag-der-kleinen-forscher.de

UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

22.06., Berlin (D)

„Heute für morgen säen“. Erster Bundesschulgartentag der Deutschen Gartenbaugesellschaft 1822

▷ kurzlink.de/dgg_schulgartentag

18.–23.08., Rheinisches Braunkohlerevier (D)
Degrowth-Sommerschule und Klimacamp im Rheinland

▷ www.degrowth.de/de/sommerschule-2017

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), dieckmann@anu.de
ANU-Bundesverband e.V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de